# zoon politikon



The future lies in your hands



ONDUTY

#### Ballade vom Fall eines Politikers in D - Moll

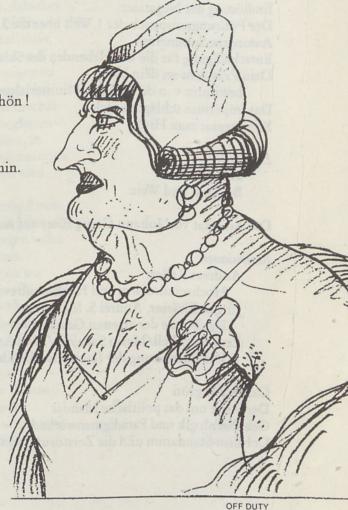
#### Die Doppelmoral des devoten Despoten

Diesen demokratisch delegierten Despoten
Diesen dienstags dominanten, donnerstags devoten
Drückte damals derartig der Drang der Drüsen
Daß das delikate Dekolleté, die drallen Düsen
Der durchtriebenen Diva diesen drangsalierte
Dessen Denken durchgängig determinierte.
Das dünkt denkbar, doch das Dreiste daran:
Durchschnittlich durfte der daheim durchaus dran.
Doch der dachte "Das Durchschnittliche - Dankeschön!
Da dürfen die Despoten doch drübersteh'n!"

Der Dämmerlichtbezirk, der Diva Domizil darin,
Darum dirigierte der Despot den Dienstwagen dorthin.
Das delikate Delikt - diskret dazu dies:
Daß die Dame den Despoten dreimal drüberließ.
Details: Die deliziöse Dompteuse disziplinierte
Den devoten Despoten, dem der Drang detonierte.
Der dotierte durch dreihundert Demark das derbe,
Drakonisch - direkte Dienstleistungsgewerbe.
Demütig dankte der durchgepeitschte Despot
Daß die Diva dem derart den Drill darbot.

Die Dame daheim, die doch dienstbereit,
Deutete das Defizit durch Diensteszeit.
Doch da der Delegierte demagogisch drohte:
"Demoliert das Dirnenviertel, das Dunkelrote",
Deichselte die Domina, daß dem das Ding
Diesmal doch deutlich danebenging.
Der Demagoge, der den Datenschutz diffamierte,
Dessen Decknamen die Diva dann demaskierte,
Dementierte die Details durchaus defensiv.
Doch dann denunzierte den dieser Detektiv,
Damit draufging durch dessen direkten Draht
Des devoten Despoten Direktmandat.

Der desolate Despot, der diskreditierte,
Dichtete Doppelgänger dazu, dieser Delegierte,
Den dann doch die Dame daheim demaskierte,
Da diese Druckstellen diagnostizierte,
Die durch das Durchpeitschen daumenbreit
Dokumentierten die Dreistigkeit.
Das drückte die demoskopischen Daten,
Drosselte die Diäten des Demokraten:
Der durch der Duzfreunde Distanz demoralisierte,
Der donnernd durchfiel, dann demissionierte,
Dachte: dieses Drama der Drüsendrogen
Demontierte dich dummen Demagogen.



The second

# Inhalt

Editorial	5
Endlösung der Negation	6
Der Führungsanspruch der 1. Welt über die 3. Welt	10
Autonome Sommeruni	11
Entschädigung für die Überlebenden der Sklavenarbeit	13
Dein Präsident sei dein Herr,	
bestimmt von der heiligen Ministerialgewalt	16
Das Imperium schlägt zurück	18
Kommentar zum HHG	20
Literatur	
Heilige Brut	21
Bei Leib und Wein	24
Das Attentat von Johann Georg Elser auf Adolf Hitler	26
Rezensionen	
Andreas Keller:	
Hochschulreform und Hochschulrevolte	29
Jürgen Elsässer, Andrei S. Markovits:	
Die Fratze der eigenen Geschichte	30
Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri:	
Die Entstehung der faschistischen Ideologie	31
Castor auf grün	32
Der Streit um das politische Mandat	34
Gebührenlogik und Paradigmenwechsel	37
Der Ilisu-Staudamm und die Zerstörung von Hasankeyf	40

## **Editorial**

Nun gibt es sie - wieder: die Darmstädter Studierendenzeitschrift

zoon politikon.

Dem einen oder der anderen wird der Name bekannt sein, dabisher unter diesem Titel der AStA der Tud eine Zeitung herausgab. Nach einigen Änderungen in den ASten bildete sich ein Redaktionskollektiv, in dem Studierende aller drei Darmstädter Hochschulen arbeiten und hiermit ein erstes Ergebnis vorlegen (den Studierendenvertretungen sei an dieser Stelle noch einmal für die vielfältige Unterstützung gedankt).

Das "gesellschaftliche Wesen" in seinen Äußerungen und Erscheinungen darzustellen, Vergesellschaftungsprozesse kritisch zu begleiten-programmatisch wissen wir uns der Offenheit verpflichtet. Offen, in diesem Sinne, bedeutet, der Vielfalt Ausdruck zu verleihen, Diskussionen zu gestalten und auch Widersprüche zuzulassen – nicht gemeint sind

(post-) moderne Ortlosigkeit und Beliebigkeit der Esoterik.

Aus der Bildungspolitik, dies ein Schwerpunkt, bleibt wenig Ermutigendes zu berichten. Eingehend befragen müssen wir uns dahingehend, ob nicht auch wir zu lang traditionalistischen Wertbeschwörungen aufsaßen und uns einlullen ließen, anstatt zu kämpfen und zu nehmen. Als Harlekin Glotz vorpreschte oder Wagner haselierte, lächelten wir süffisant, jetzt stehen wir hilflos da angesichts (fast) eingeführter Studiengebühren, sukzessiver Zurichtung der Hochschulen nach "Marktbedürfnissen" und eines Hessischen Hochschulgesetzes, welches die uneingeschränkte Präsidialmacht festschreibt und studentische Mitsprache- und Äußerungsrechte auf Formalia beschränkt. Mit dieser Feststellung zu enden, heißt nicht, still zu akzeptieren. Die propagierte Trennung von Hochschule und Gesellschaft, die vermeintliche Wertneutralität der Wissenschaft, den ökonomischen Irrsinn immer wieder anzugehen, darüber eigene Standpunkte entwickeln und diese umsetzen, verheißt eine leuchtende Zukunft: The future lies in your hands.

# Impressum

Die zoon politikon wird herausgegeben von einem Redaktionskollektiv, welches den ASten der Darmstädter Hochschulen nahesteht. Beiträge von Studierenden sind erwünscht, die Redaktion behält sich jedoch Kürzungen vor. Ferner finden Texte mit sexistischen, rassistischen und faschistischen Inhalten keine Aufnahme. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Kollektivs wieder.

Verantwortlich: Rudi Mentehr

Mitarbeiter/innen: D. Schüttler (Layout & Satz), F. Keller, J. Schwenk,

M. Enderlein, G. Weidenhaus

Anschrift: c/o AStA der Technischen Universität Darmstadt Hochschulstraße 1 Druck: Druckwerkstatt

64289 Darmstadt Auflage: 5000

e-mail: zoon politikon@gmx.net Umschlagzeichnungen: Tomi Ungerer

# Endlösung der Negation

Zur Aktualität der totalen Verwertung – Entfremdung und Verdinglichung in Zeiten der "neuen" Mitte. Von Dietmar Schüttler

Es war eine dieser ungleich interessanten Versammlungen der Studierendenschaft, in der Informationen nicht ohne absichtsvolles Fragen nach Nachfragen, verbreitet wurden, statt hintergründig Partizipationsprozesse oder Gremienstrukturen zu paraphrasieren. Eine, die die Herzen der Anwesenden, ob der formalen Hülsen in bekannter Syntax, wohl mit Dankbarkeit erfüllte, und es wäre zu jener Stunde vieles zu sagen, doch ist es ausreichend, auf eine sprachliche "Ungenauigkeit" hinzuweisen, deren kollektive Negation meines Erachtens exemplarisch für den Verlust des denkbar anderen steht. Es dient sich an, die Zeichen zu deuten, sie auf ihr Verdrängungsmoment hin zu prüfen: im Kontext von Asche, Rauch und deren "Endlösung".

Es wäre alltäglicher, erträglicher, ein Detail jener Stunde gewesen, wenn es in der Interaktion um die Systemverträglichkeit des Nikotinsuchtverhaltens bei einem Fauxpas, einem sprachmoralischen Fehltritt geblieben wäre. Doch die Moderation glaubte auch bei der weiteren Suche nach der "Endlösung" des Problems mit keiner emotional-geistigen Regung einen begriffsimmanenten Widerspruch zu erahnen. Aus der Zuhörerschaft ward kein kritisches Wort gehört. Der Autor selbst, beschäftigt mit der Beherrschung seiner Wut über Ignoranz und Befangenheit der Schadstoffemissionäre …, blieb stumm.

ngewöhnlich erscheinen nicht die Bewußtlosigkeit der Diskutanten – der postmoderne
Mensch ist vielfältig beschäftigt – vielmehr
erschrecken Kritiklosigkeit und Verdrängung der
Mitglieder einer Institution, deren konstitutive Prämissen einmal Wahrheit und Erkenntnis, und wenn
dies zu pathetisch klingt: kritische Reflexion sowie offener Diskurs widersprüchlicher Sinn- und Erfahrungswelten – gar mit dem Anspruch persönlicher
Reifung, waren. Und sollte nicht Auschwitz auch eine
Rolle in der Ausgestaltung bundesrepublikanischer
Curricula gespielt haben, zumindest nach 68?

Wie ist es zu verstehen, dass ein politisches Gremium ahnungslos oder geduldet die "Endlösung" des Rauches über der Zigarettenasche disputiert. Wenn es bemerkt wurde, und das wurde es, warum sprach keiner dies an? Soll es Rücksicht gewesen sein, auf den, der es aussprach oder Scham vor Entdeckung des Ungebührlichen? War es Gleichgültigkeit oder Furcht sich einzulassen, Stellung zu beziehen? Wohin entschwindet wacher Geist, was strukturiert symbolisch besetzte Hirnwindungen – wie stark herrscht das vergesellschaftete Unbewußte über die kritische Vernunft von Individuen, wenn der Inbegriff des "Gegenmenschen" (J.Amery) sich so nahtlos an gegenwärtige Verhältnisse schmiegt?

Die stumme Akzeptanz dieser Gleichsetzung des Symbols der programmatischen Ausrottung der Juden in Europa und deren Massentötungen durch die deutsche Gesellschaft mittels all ihrer organisatorischen, technischen und menschlichen, also zivilisatorischen Kräfte – reiht sich ein in die Wahrnehmung eines gewissen Verhaltens, welches nicht nur unkritisch, sondern ausgesprochen affirmativ zu Fach und Gesellschaft sich äußert. In Diskussionen bleiben Perspektiven vordergründig, funktional, immanent. Eine Bewußtheit, die sich selbst in geschichtliche Beziehung setzt, in Kenntnis struktureller Abhängigkeiten oder funktionaler Verhältnisse, sucht mensch meist vergeblich in den Köpfen der Gegenwart. Dienstleistung und Iso-Normen, Teamfähigkeit und Kundenorientierung, Eigenverantwortung, Transparenz, Vernetzung und nicht zuletzt Informationen sind Jargon eines, nein, nicht des heimlichen Lehrplans des Schweinesystems: sondern so genannte und gewünschte Theorie-Praxis-Bezüge (vgl. "Wissenschaftlichkeit") und Kategorien eines individuellen Verwertungsprofils (vgl. "Individuum"), welches um Schlüsselqualifikationen, bzw. Marktfähigkeit sich

Die stumme Akzeptanz von "Endlösung" sagt einiges mehr über die aktuelle Situation von Gesellschaft-in-Hochschule-in-Gesellschaft aus, als alle künftigen Qualitätssicherungs-, Evaluations- und Akkreditierungsprogramme der verwaltenden Technokratie je erheben können. Jenes Zusammenspiel kollektiver Negation prägt die Hochschulen der Gegenwart, sofern sich Gesellschaft im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte ihrer tragenden Säulen subjektiver Vernunft und Kritik entledigte. Integration schreibt sich fort als Abspaltung des ganz anderen, unter Berücksichtigung deren Funktionalität: Die Dialektik der Aufklärung evozierte "Gaskammer" und "Genickschußanlage" – im Dienste vergesellschafteter Sehnsucht nach endgültiger Negation.

Sie entließ die Geister die sie rief, in die durch sie sich fomierende Objekt-Welt, deren metaphysische Einzigartigkeit in sinnlicher Erfahrung unter den Sezierungsinstrumenten bewaffneter Empirie keinen Bestand haben konnte. Die Zergliederung der Wissenschaften schlug sich in allen Entwicklungen einer gleichgetakteten arbeitsteiligen Gesellschaft nieder. Und während die einzelnen Facetten analysierter Welterfahrung in Fachlogik resp. Fachsprache übersetzt wurden, kam in der Hochzeit kapitalistischer Technisierung der philosophische Zusammenhang abhanden. Der rapide einsetzende Realitätsverlust gründete fortan in verwertungsfähiger instrumenteller Vernunft.

Niemals nur Mittel, sondern immer auch höchster Zweck, das Kantische Postulat konnte nicht tragen: weil die freien, gleichen, vernunftbegabten Bürger auch Produkt symbolisch vermittelter Gemeinschaft waren: Kapital, das in all seinen Erscheinungen bürgerlichem Streben zur Autonomie verhalf, diente vor allem der fortwährenden nationalstaatlichen Tausch-Einheit. Vergesellschaftung vollzieht sich konkret und abstrakt zugleich, letztlich vermittelt über den Tauschwert aller Waren. Jenes universelle Symbol abstrahierter Arbeit eröffnete erst dem Handel und Handwerk, später der Manufaktur, dann der Fabrikation universelle Verwertungschancen. Wissen und Besitzstand anhäufende Bürgerschaft wußte sich der aus Adels- und Ständeherrschaft entlassenen und zunehmend der Maschinenproduktion unterlegenen Menschen zu bedienen. Jene heranwachsende Spezies sowie die durch Wissenschaft initiierte Rationalisierung ermöglichte eine immer effizienter zu steuernde Massenproduktion. Normierung und Kontrolle erforderten die Zerlegung des Werke(n)s in Arbeitsschritte der Fabrikation, bestimmt durch Maschinentakt, die statt überlieferter und persönlicher Erfahrung nun keine Kenntnisse des Handwerke(n)s, nur bloße Arbeitskraft des einzelnen benötigte. Das Know-how von generationenübergreifender gemeinschaftlicher Arbeit, welches eingebettet in die notwendige Produktion von Gebrauchsgütern sich spiegelte, wurde abgespalten, standardisiert und

hierarchisiert. Formal-rechtlich geschützt kehrte es als privat-profitables Bildungs- oder Produktionspatent unter der Prämisse der Mehrwertabschöpfung zurück. Soziale Organisation wurde Funktion der vom Notwendigen abgelösten Produktion, nur mehr gesellschaftlich-abstrakt sich regulierenden Profites, der doch von jeder und jedem abhängig Beschäftigten erbrachten Mehrarbeit.

So trägt die Wesensart der Warenstruktur in sich die Tendenz zur beherrschenden Totalität. Denn erst in der Zirkulation, dem kalkuliertem Austausch der Waren, erscheint der Mehrwert gesellschaftlicher Mehrarbeit. Und erst Rationalisierung und Freihandel ermöglichten die Ausbreitung zur profitablen Universalstruktur eines scheinbaren Äquivalententausches: Das sich differenziernde Ganze der Marktgesellschaft beruht auf sysmbolisch vermittelten Beziehungen, die weder organisch angelegt, noch politisch oder ethisch motiviert sind, "da die Tauschwerte der Waren nur gesellschaftliche Funktionen dieser Dinge sind und gar nichts zu tun haben mit ihren natürlichen Qualitäten" (Marx).

Informationsgesellschaft ist der Prozess jener Entfremdung, der Verdinglichung in Lehre, Forschung und Studium durch Operationalisierung einer ehemals kritischen nur mehr instrumentellen Vernunft derart fortgeschritten, dass die Metapher als Betrieb sich auflöst und der Vergleich, der auf einer wirklichen Differenz beharrte, im Bewußtsein der Betriebenen einer Gleichsetzung gewichen ist: Ich denke, also verwerte ich.

Nun, da die funktionalen Regeltechniker des Verwertungssystems in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Justiz Konsens über die direkte Steuerung mittels Effizienz/Geld statt Erkenntnis/Wahrheit erzielt haben, sowie die professorale und studentische Mehrheit ohnmächtig sich fügt oder gar überwältigt von der immanenten Logik der weiteren Entfremdung zustimmt, steht der Anpassung des noch rudimentär emanzipatorischen und damit "ökonomisch ineffizienten" deutschen Bildungsansatzes an einen eindeutig nach monetären Verwertungsmaßstäben sich orientierenden Euro-Funktionalismus überhaupt nichts mehr im Wege: "Der globale Wettbewerb und die sich in rasantem Tempo entwickelnden Instrumente und Anwendungsmöglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie legen die Orientierungsmarken aber für alle [Staaten] fest, unabhängig vom Entwicklungsstand und den politischen Leitlinien." (BMBF 1999, Hervorh.v.A.)

Wenn so offen Ideologie das Streiten um Zwekke ersetzt, hat das, was unter Brandt '69 postuliert wurde, dreißig Jahre später auch in den Hochschulen keine Bedeutung mehr: Weniger Demokratie wagenist die Devise der "neuen" Mitte, und sie wird getragen von der verinnerlichten Moral einer Leistungsprogrammatik, die schon Schmidt und später die konservative Koalition vorantrieb. Zu höchstem Zweck gelangt Humankapital als effizientes Design qua Input-Output-Kalkulation: Es muß sich rechnen, die Dividende – das Wesen – muß erscheinen.

So soll nun auch der steigenden Nachfrage (ein wunderbarer Euphemismus), genauer: Profiterwartung – entsprochen werden. Über Globalhaushalt, Drittmittel, Studiengebühren sowie formaler Prüfund Kontrolleinheiten (Zielvorgaben, Controlling, Evaluierung, Akkreditierung, Iso-Normen, BA/MA-Stufung...) und andererseits der gestärkten inhaltlichen Mitsprache von Unternehmen in Hochschulräten oder Kuratorien (bei gleichzeitigem Abbau demokratischer Mitbestimmung) begibt sich Universitas, "die Gesamtheit der Lehrenden und Lernenden", endlich in den Mehrwertprozess – ist Unternehmen Hochschule mittels berechenbar-verdinglichtem Individuum: Proletariat.

m Vorabend ("Bildungskatastrophe" 60er Jahre) des Wandels erschien am noch denkbaren Horizont inhaltlicher Auseinandersetzung die mehrdimensionale Gruppenuniversität. Dem damals natürlich aus Effizienzgründen gewagten Reformschritt einer "Hochschule in der Demokratie" folgt nun "Hochschule in der Ökonomie". Was als Mutation erscheint, ist verdichtete Integration. In der sich "ausdifferenzierenden Industriegesellschaft" dienten die sich als Produzenten im Hochschulbetrieb begreifenden noch recht widerständig kapitalistischer Totalität, was in der Wahrnehmung dezidiert "liberaler" Menschen sich so darstellte, dass es "etwa fünf- bis sechstausend Soziologiestudenten in der Bundesrepublik [gibt]. Die Hälfte von ihnen studiert dieses Fach sicher nicht, um sich an studentischen Demonstrationen zu beteiligen, sondern möchte in ganz bestimmte Berufe hineinkommen, für die Soziologie schlechterdings nicht vorbereitet. Viele Studenten der ersten Semester erklären, sie wollten später in der Personalabteilung eines Betriebes arbeiten oder würden gern Bewährungshelfer werden. Diese armen, irregeleiteten jungen Leute beginnen dann ein Studium, das ihnen absolut nichts für die von ihnen angestrebten Ziele bietet." (Dahrendorf)

Diese armen, irregeleiteten, an ihrer eigentlichen Bestimmung desinteressierten junge Leute wußten die Aufmerksamkeit und Verantwortlichkeit des Herrn D. zu schätzen, und so manch einer bringt seine Erfahrung nun am Kabinettstisch ein. Denn gegenwärtig sorgen sich wieder sehr viele dezidiert verantwortliche Menschen um das systemverträgliche Verhalten ihrer Zeitgenossen: "Die Menschen müssen deshalb dazu motiviert und befähigt werden, mehr als bisher auch aus eigener Initiative, selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu lernen, d.h. als mündige Erwach-

sene ihre Lernprozesse zunehmend nach den eigenen Bedürfnissen und Möglichkeiten selbst zu steuern." (BMBF 1998, Hervorh.i.O.)

Was so aufrichtig um Mündigkeit sich sorgt, entspricht eine unverhüllten Gegenaufklärung des 21. Jahrhunderts. Die Qualität des neuen Menschen lässt sich nun wieder messen, evaluieren, akkreditieren und managen. Man muß ihn nur motivieren, dies selbstbestimmt zu steuern. Die Lehre ist entsprechend vorbereitet, selbstbestimmt versteht sich, dank Qualitätskontrolle! "Bildungs- und Ausbildungsziele sind explizit formuliert und verbindlich. Leistungsstandards und Leistungserwartungen sind transparent ... Die einzelnen Studienangebote eines Studiengangs sind in sich kohärent verzahnt und bilden eine nachvollziehbare Prozesskette. Lehre, Studium und Prüfungswesen sind zeitlich und inhaltlich gut abgestimmt; es wird darauf geachtet, dass mit der Lebenszeit junger Menschen sorgsam umgegangen wird ... " (HRK, März 2000) Mensch muß sich diesen Quatsch auf der Zunge zergehen lassen. Wer so Qualität von Studium, Lehre und Forschung messen will, muß zwangsweise überkommen geglaubtes, mechanistisch-direktives Denken sein eigen nennen oder dem Schein huldigen. Das Leitbild Individuum, lange Zeit noch als Abklatsch vergangener ideeler Freiheiten noch rituell bestätigt, hat endlich, Qualität sei dank, ausgedient. Der Verwertungs-Kreis schließt sich. Kurz.

Entsprechend bleibt aller postmoderner Pluralismus Opfer der Verblendung. Identität ist schon lange Spielball der Verwertungskultur und Mittel finanzierter plus produzierter plus fetischisierter gleich profitabler Surrogate individuellen Lebens. Die Sehnsucht nach dem "Richtigen im Falschen" ist folgerichtig rückbezüglich, privat und doch längst durch gesellschaftliche Objektivität assimiliert. Die Erfahrung der Jahrhunderte währenden ideelen sowie materiellen Rationalisierung ihres immanenten Funktions- resp. Verwertungsprinzips hinterläßt nur noch blasse Spuren in kritischer Theorie ehemaliger Individuen, deren Praxis - sapere aude! - einmal Ausgang aus "ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit" war. Statt dessen bildeten sich Unternehmer und Lohnarbeiter "nicht nur als berufliche, sondern zugleich als anthropologische" Typen (Adorno). Und als Marx für den zugleich freien und abhängigen Arbeiter noch konstatierte, dass das Produkt seiner Tätigkeit (fremde Ware) eben nicht der Zweck seiner Tätigkeit (eigene Existenzsicherung) war, hat dieser Widerspruch sich scheinbar aufgelöst.

Denn der Niedergang des Bürgertums sowie der Aufstieg partizipierender Millieus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schuf Voraussetzungen, "diese Dialektik aus wirtschaftlicher Potenz und geistiger Impotenz als Lebensmaxime zu verkünden. Als kategorischen Imperativ der kleinbürgerlichen Vernunft" (H.Meyer). Weniger boshaft ausgedrückt, leisteten mit zunehmender Stärke der verhüllenden Integrationskraft "Wohlstand" präformiertes Trendsetting einen höheren Grad der Identifikation als alle bildungsbürgerlichen Tugenden es inszenieren konnten. Zudem versprach das fröhliche Wirtschaften Wunder, denn Arbeiten machte ja bekanntlich frei. Nur nicht rumkritteln, nicht zuvielzuviel reflektieren im Land der Dichter und Henker.

Die Lebenden passen sich freiwillig der Warenstruktur an: Der Schein des Wesens vermittelt gutes Leben: Freiheit, Macht, Wert, Amnesie; und bleibt

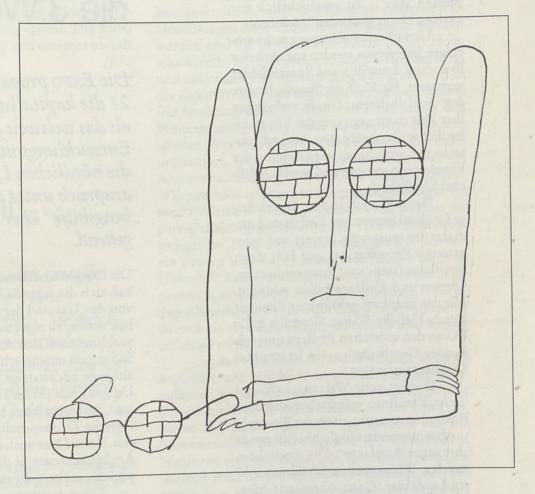
doch formalisiert abstrakt – gesellschaftlich aufgelöst, Nicht-Identität. "Das Traumatische ist das Abstrakte. Darin ähnelt das Unbewußte der Gesellschaft, von der es nichts weiß, und die selber dem abstrakten Gesetz gehorcht, und taugt zu ihrem Kitt." (Adorno).

Sehnsüchte nach Authentizität, Natürlichkeit, Anerkennung oder Zusammenhang werden in unermüdlicher Mehrwert-Zirkulation an die Fetische des Scheins geknüpft. Irrationales, Informelles, Regelwidriges, welches die grundgesetzlich verschriebene Freiheit der Selbstvergessenheit und des sich allem-entziehen-könnens unterläuft oder die unerlässliche Zirkulation des Selbsterhaltungskreisels bremst und gefährden könnte, muß objektiviert oder abgespalten werden. Leben und Lieben gleichen Heimatfilm, B-Movies oder schlechten Kopien stan-

dardisierter Verwertungssyntax. Leiden und Tod werden bei Bedarf reanimiert in virtueller Implosion oder realer Explosion. Eine objektive Infantilisierung der Verhältnisse: verschlingend, brabbelnd – ausscheidende Freiheit im Bobby-car®; Kettcar, Mountain-Bike, Racer, Tracer, Inline-Skater ... verwertete Stofflichkeit: Kot®. Dialektik, kritische Reflexion, welche den symbiotischen Wahn von Es und vergesellschafteten Über-ich aufzulösen sucht, gerät, unter Aussetzung individueller Ohnmacht, zur narzistischen Kränkung.

Die globale Integration sich widersprechender Paradigmen, die als reflektierte Erfahrungszusammenhänge sich bildeten – in einen objektiven Verwertungszusammenhang, ist durch funktionale Ausdifferen-

zierung der Wissenschaften, mit ihrer unüberschaubaren Flut operationalisiert-objektivierter Erträge, näher gerückt: Ist es "doch kein Schein, zu dem organisierende Wissenschaft die Realität sublimierte, sondern dieser immanent. [...] Gegen die Gesellschaft als System ... verblendet sich die theorielose, mit bloßen Hypothesen haushaltende empirische Forschung, weil dies Objekt nicht mit dem Inbegriff aller Sektoren zusammenfällt, die Sektoren nicht subsumiert, auch nicht ... aus "Land und Leuten" sich zusammenfügt. Kein Sozialatlas, im wörtlichen und übertragenen Sinn, repräsentiert die Gesellschaft." (Adorno)



40 Jahre später handelt es sich nur mehr "um ein Verhältnis von Komplexität und Transparenz". Doch daß "Ausbildungspläne mehr oder weniger deutlich auf Arbeitsleistungen abgestellt werden, bietet sicher keinen ausreichenden Folgenschutz. Und erst recht liegt in den Selbstbeschreibungen des Erziehungssystems als Bildungssystem nichts, was dieses Problem auch nur erfassen konnte. Ähnlich wie in den Sektoren der Produktion und der Organisation materieller und humaner Artefakte werden nur spezifische Rekombinationen angestrebt …" (Luhmann)

Als Luhmann im letzte Kriegsjahr als Flakhelfer seinen Vaterlandsdienst leistete, war er 17 Jahre alt und Adorno seit zwölf Jahren in Übersee, um sein Mutterland überleben zu können. Denn spezifische 10 zoon politikon

Rekombinationen wurden schlechterdings selektiert, damals, im Land der Vernichter und Denker. Es handelte sich also um ein Verhältnis von -nichtung und-wertung, Negation und Integration.

Die neue/alte Totalität hat im 21. Jahrhundert ihre Brutstätten innerhalb der Staatsgrenzen längst überwunden und läßt nationale Psychopathen, irritiert ob der globalisierten Kräfte des Über-Ichs, zurück. "Die Angst vorm Ausgestoßenwerden aber ... ist geschichtlich zur zweiten Natur geworden" (Adorno).

Unter Berücksichtigung sechs-wöchiger Sperrfristen werden sog. Arbeitslose dann freiwillig auf Spargelfelder verbracht, für 10,16 die Stunde, brutto. Sog. Sozialhilfeempfänger verbringen ihre Zeit dann gern mit der Pflege öffentlicher Gartenanlagen, integrationstechnisch sozusagen: zur Stärkung der Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Urteilskraft.

Das geht auch anders. Der richtige Cocktail expressiver Einfalt und medialer Inszenierung geriert zur integrierten Provokation und läßt doch Feuilletonisten- und Autorenherzen, Quoten und Auflagen höher schlagen. Mit der Emphase gekränkter Eitelkeit rütteln Handke, Walser, Sloterdijk & Co KG an den morschen Pfeilern untergehender Gesellschaft – ein letztes Mal Diskurs sein wollen...

Die Fetische Wissenschaft und Technik eröffnen vermittels spezifischer Rekombinationen personaler Biostruktur faszinierende Möglichkeiten neuer "humaner Artefakte". Die Aussichten auf den "Menschenpark" (Sloterdijk) sind eröffnet. Ganz ohne jene hässlichen Begleiterscheinungen, die banale Totalitarismen der Geschichte auszeichnete. Gleichwohl werden die Apologeten des Sachzwangs nicht umhin kommen, ihre Vorstellungen bezüglich Selektion zu vermitteln. Doch dies wird ganz sicher sehr vernünftig, den meisten Beteiligten sehr einsichtig, im Lichte funktionaler Ausscheidung, erscheinen. Dann ist es vollbracht: Die Entdifferenzierung durch Ausdifferenzierung die Endlösung des ganz anderen im eigenen, von Fleisch, Geist und Leidenschaft in ein allgemeines gesellschaftliches Verhältnis.

# Der Führungsanspruch der 1.Welt über die 3.Welt

Die Expo propagiert wie die Agenda 21 die kapitalistische Wirtschaftsweise als das weltweit allein seeligmachende Entwicklungsmodell. Damit machen die nördlichen Länder einen Führungsanspruch unter dem Namen "Entwicklungshilfe" über die südlichen Länder geltend.

Die Expo-MacherInnen fordern die AusstellerInnen auf, sich die Agenda 21, die 1992 im Wesentlichen von den Usa und der Brd (Helmut Kohl) geschrieben wurde, zu eigen zu machen. Dort steht ganz unverblümt, daß sich die Fähigkeit der Menschen im Süden "zur uneingeschränkten Mitwirkung an einem auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Umgang mit ihrem Land ... als begrenzt erwiesen hat". In diesem Sinne repräsentiert die Expo die ideologische Treuhandschaft des Nordens über den Süden, die zur Not auch militärisch durchgesetzt wird. Am bekanntesten ist dieser Anspruch, andere zu entwickeln, in Form der staatlichen Entwicklungspolitik.

Oftmals dringen aber auch Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) als staatsnahe Zivilgesellschaft mit ihren gutgemeinten Projekten in Gesellschaften des Südens ein und implantieren dort nachhaltiger als es jede staatliche Stelle könnte das Entwicklungsmodell der ersten Welt. Schon lange präsentieren die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Vertreterinnen der ökonomisch führenden Staaten das eigene Wirtschaftssystem als den einzig gangbaren Entwicklungsweg für all die Staaten, die sie als unterentwickelt definier(t)en und stülpt es ihnen mit Gewalt über. Ein Blick in die aktuellen verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr, die Militäreinsätze zur Sicherung strategischer Rohstoffe und des sog. freien "Welthandels" vorsehen, bestätigt dies.

Neben der bedingungslosen Marktgläubigkeit propagiert die Expo Technikgläubigkeit als Allheilmittel für alle sozialen Probleme. Dabei ist die Existenz von Hunger nicht ein Problem fehlender Gen- und Biotechnologie beim Anbau von Nahrungsmitteln, sondern ein Problem der Verteilung. Auch aktuell werden mehr Nahrungsmittel produziert als es Menschen gibt. Hunger wird gemacht. Die Frage nach den dahinterstehenden Interessen aber bleibt wissentlich auf der Expo ausgeklammert. Verbunden mit dem Wissen um den richtigen "Entwicklungsweg" leitet sie daraus Führungs- und Machtansprüche ab. Der Anspruch andere zu entwickeln, setzt jedoch die Erfindung von Unterentwicklung voraus. Die Expo 2000 teilt die Welt in entwickelt und unterentwickelt ein. (EN)

# Autonome Sommeruni

Während der Expo wird es im offiziellen Rahmen die "ifu", eine 100-Tage Frauenuni geben. Sie zeichnet sich nicht durch feministische Inhalte aus, sondern dadurch, dass nur Elitefrauen an den (Frauen-) Problemen der patriarchalen Ordnung herumdoktern dürfen.

Daß die ifu ein Eliteprojekt ist, das nur den Frauen offensteht, die die nötigen Mittel haben, zeigt sich allein schon in den Studiengebühren, die frau für hundert Tage zahlen muß (pro Teilnehmerin DM 600). Außerdem ist eine Teilnahme fast nur durch besondere Leistungen und Fürsprecherinnen möglich. (Insgesamt sind 4 Gutachten pro Bewerberin vorgesehen!). Teilnehmen können ohnehin nur Absolventinnen mit mindestens einem Studienabschluss. Als außeruniversitäre Teilnehmerinnen wurde die Elite der weiblichen Wissenschaftlerinnen gerufen, um zu beweisen, dass auch Frauen in der Lage sind, Forschung zu betreiben und Wissenschaft zu produzieren. Unterdessen wird die Anbindung der ifu an die Expo 2000 auch von Teilnehmerinnen immer lauter kritisiert. Obwohl die Expo GmbH nur einen geringen Teil der Finanzierung stellt, schreibt sie sich dieses Projekt als Aushängeschild auf die Fahnen. Die Frauenuni wird sogar als in der "Tradition der Frauenprojekte auf den Weltausstellungen" stehend bezeichnet: "Schon im letzten Jahrhundert haben Weltausstellungen Emanzipationsgeschichte geschrieben. Auf der Expo 1876 in Philiadelphia stand ein Frauenpavillon und während der Expo 1893 in Chicago fand ein Frauenkongress mit 15.000 Teilnehmerinnen statt." Geschickt verdrängt wird dabei die patriarchale und verachtende Ausrichtung der Weltausstellungen, die in Hannover einen weiteren Höhe-

punkt findet.

Technologien wie Genmanipulationen, Bevölkerungskontrolle und Nachhaltigkeit sollen als Problemlösungen des kommenden Jahrtausends verkauft werden und die bestehenden patriarchalen Herrschaftsverhältnisse werden so noch weiter gefestigt und ausgebaut. Der Verkauf der ifu als "Feminismus der Zukunft" hat zur Folge, dass autonome Projekte mit feministischen Inhalten und Ansätzen in den Hintergrund gedrängt oder als utopisch belächelt werden. Wer sich im offiziellen Rahmen der Expo präsentiert, trägt auch die Verantwortung für die Akzeptanzschaffung solcher Großveranstaltungen. Während nach technischen Lösungsmöglichkeiten für die Probleme der Welt geforscht wird, werden die patriarchalen gesellschaftlichen Hierarchien nicht angegriffen. Frauen/Feministinnen (so z. B. der Verein Frauen und Expo) lassen sich immer mehr in Unterdrückungsmechanismen, auch als Führungspersonen, einbinden. Dieser Missstand scheint bei einigen Beteiligten selbst Unbehagen zu verursachen, da auch sie verlauten ließen, dass die ifu kein feministisches Projekt an sich sei.

Um das Verhökern der feministischen Ideen als kapitalistische Nische nicht kommentarlos stehenzulassen, wurde vor einem Jahr die interkulturelle Sommeruniversität von Studentinnen der Uni Hannover ins Leben gerufen. Aufbauend auf die Sommerunis in Berlin wird vom 1.-30. Juli 2000 in Hannover eine autonome "Interkulturelle Sommeruniversität für Frauen und Lesben" durchgeführt. Die Sommeruni ist unabhängig und praxisorientiert. An diesem Projekt sollen und können alle FrauenLesben teilhaben, unabhängig von Status, Geldbeutel und Kulturzugehörigkeit. Das Ziel ist es, Frauen und Lesben zusammenzubringen und einen Freiraum zu schaffen, um einander kennenzulernen, Kontakte zu knüpfen und gemeinsam Spaß zu haben. So können alternative Lebensformen zusammen entwickelt und erlebbar gemacht werden. Wichtig sind neben Seminaren, Textarbeit und Diskussionen ein Angebot im sportlichen, musischen, handwerklichen und kulturellen Bereich, also eine Aufhebung von Wissenschaft, Kultur und Praxis als getrennte Bereiche. Allerdings muß klar sein, daß die Sommeruni nicht als universitäres Projekt festgeschrieben werden darf.

(WN)

# Entschädigung für

"Wir haben es geschafft." Graf Lambsdorff, deutscher Regierungsbeauftragter 23. März 2000 "Wir sind bitter enttäuscht." Rudi Kennedy, ehemals Sklavenarbeiter in Auschwitz 23. März 2000

# die Überlebenden der Sklavenarbeit

Am 1. September 1999, dem symbolträchtigen Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen und des Beginns des Zweiten Weltkriegs, sollten nach den noch vor einem Jahr von der Bundesregierung genährten Hoffnungen die ersten Entschädigungszahlungen an überlebende Opfer des NS-Zwangsarbeitssystems erfolgen. Diese Hoffnung hat sich rasch als trügerisch erwiesen und sie wird für Zehntausende, die den Beginn der Zahlungen nicht mehr erleben werden, auch nicht verspätet in Erfüllung gehen - sie werden nicht mehr erleben, aus dem Land ihrer ehemaligen Peiniger am Ende ihres Lebens auch nur einen geringen materiellen Ausgleich für geleistete Fronarbeit zu erhalten. Wenn alles "gut geht", können erste Zahlungen noch in diesem Jahr erfolgen, hieß es nach der Einigung der internationalen Verhandlungsrunde über die Mittelverteilung am 23. März in den Medienberichten - aber was heißt da schon "gut gehen"?

entrales Hindernis für den bitter nötigen Schlußpunkt dieser Entschädigungsdebatte bildet nach wie vor der von der deutschen Wirtschaft zur Bedingung für jede Entschädigungszahlung gemachte Schutz vor individuellen gerichtlichen Klagen ehemaliger ZwangsarbeiterInnen, die Schadensersatz für ihre Leiden und für vorenthaltenen Arbeitslohn einfordern. Diese Bedingung aber kann allein durch ein Abkommen zwischen deutscher und US-Regierung (sowie ähnlicher Zusagen der anderen Heimatstaaten heute noch lebender Opfer) eingelöst werden, in der sich die amerikanische Regierung unter Hinweis auf die gefundene Lösung gegen solche Prozesse vor US-Gerichten ausspricht. Nichts

entlarvt die von den deutschen Unternehmen herausgekehrte "Geste der Versöhnung" und die "humanitären Ziele" der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft mehr als eben diese von Anfang an erhobene Forderung der Herren des Geldes: "Unabdingbare Voraussetzung für die Bereitstellung der Mittel ist, daß für die Unternehmen umfassende und dauernde Rechtssicherheit geschaffen ist, d.h., daß sie vor gerichtlicher Inanspruchnahme geschützt sind" (so die Satzung der Stiftungsinitiative). Sucht man hinter der pathetischen Bemäntelung dieses Geschäftszieles auch nur einen kleinen Hinweis auf die Berechtigung der jahrzehntelang negierten Forderungen der Zwangsarbeitsopfer, wird man allenfalls mit Geschichtsklitterung konfrontiert: "Nahezu jedes damals existierende deutsche Unternehmen mußte wegen der Einbindung in die Kriegswirtschaft und des akuten Arbeitskräftemangels Zwangsarbeiter beschäftigen oder war in anderer Weise in das NS-System einbezogen", weshalb den Opfern gegenüber "ein Signal des Bedauerns" und der "Anerkennung moralischer Verantwortung" angezeigt sei (Zitate: Informationsblatt der Stiftungsinitiative). Kein Wort von Deportation, Angst, Hunger, millionenfacher Vernutzung von "Menschenmaterial", von Entrechtung, Entwürdigung der Arbeitssklaven und von vorenthaltenem Arbeitslohn, kein Wort von der aktiven Rolle vor allem der Großunternehmen und deren Managern beim Organisieren und beim Einsatz von Zwangsarbeit, kein Wort zur Verflechtung von SS, NS-Staat und Wirtschaft gerade in diesem Zusammenhang, erst recht keine Erwähnung der geradezu gierigen Beteiligung an der profitablen Kriegsvorbereitung und Kriegführung selbst einschließlich der dazu gehörenden Sklavenbeschaffung. Die Erben und Nachfolger dieser grauenvollen Kollaboration sind längst wieder mächtig genug, Bedingungen stellen zu können: sie wollen bezahlen, aber nicht etwa als Schuldner, sondern als Gönner, und nur in den Grenzen, die sie selbst bestimmen, und schließlich nur dann, wenn die Regierungen ihnen die mit ihren Forderungen aufsässig gewordenen Zwangsarbeitsopfer vom Hals halten.

Im Rahmen dieser Bedingungen zeichnet sich als Resultat der im März grundsätzlich abgeschlossenen Entschädigungsverhandlungen ab:

- Für die Opfer von Zwangsarbeit wird voraussichtlich ein Fonds in Höhe von ca. 8,3 Milliarden DM zur Verfügung stehen.

-700 Millionen DM sollen in einen sogenannten "Zukunftsfonds" fließen, aus dem soziale, kulturelle und wissenschaftliche Projekte finanziert werden sollen.

- Eine Milliarde DM wird zum Ausgleich von Eigentums- und Versicherungsschäden dienen, die jüdischen NS-Opfern zugefügt worden sind (enteignetes Sachvermögen und nicht ausbezahlte Versicherungen).

– 200 Millionen DM sind zur Abdeckung von Verwaltungs- und Antwaltskosten eingeplant.

Aufgebracht werden die etwas mehr als 10 Mrd DM zu ungefähr drei Vierteln aus dem deutschen Bundeshaushalt: 5 Mrd DM direkter staatlicher Anteil, hinzu kommen 2 ½ Mrd DM Steuerausfall wegen Abschreibungen der Wirtschaft, die auf diese Weise von den zugesagten 5 Mrd DM unter dem Strich nur die Hälfte zu tragen haben wird.

Was bedeutet dieses wahrscheinliche Endergebnis für die Leistungen an die Opfer? Ausschlaggebend ist das Stiftungsgesetz, dessen letzter Entwurf zwar den genannten Gesamtrahmen der Stiftungesmittel von ca. 10 Mrd DM vorsieht, gleichzeitig aber von dieser Summe für den erwähnten "Zukunftsfonds" und für Entschädigung von Arisierungsverbrechen 1,7 Mrd DM abzweigt und somit der

Entschädigung für Zwangsarbeit entzieht. Dies ist ein äußerst belastender Kritikpunkt – nicht etwa deshalb, weil diese Zweckbestimmungen zu kritisieren wären! Jugend, Forschungs- und soziale Projekte in diesem Zusammenhang sind mehr als sinnvoll, vor allem die Entschädigung von jüdischen Enteignungsopfern ist unbestreitbar gebo-

ten. Daß aber dieser Schadensersatz für ganz spezielle Zwecke aus dem Fonds für die Entschädigung von Zwangsarbeit entnommen werden soll ist widersinnig und kann nur mit der erfolgreich durchgedrückten "Schlußstrich"-Forderung der deutschen Wirtschaft erklärt werden. Ausgerechnet die rücksichtslosen Organisatoren und Gewinner der "Arisierung" der Nazizeit, die großen Banken nämlich, kaufen sich mit dem vergleichsweise lächerlichen Beitrag von 600 Mio DM an den Stiftungsfonds von ihren Schulden frei, die großen Versicherungen, die bis heute noch nicht einmal die Zahl der nicht ausbezahlten Policen von Holocaustopfern offengelegt haben, entledigen sich ihrer Entschädigungsverpflichtung auf diese Weise "mit der linken Hand". Diese überfälligen Entschädigungen müssen ohne Wenn und Aber im Sinne der Opfer geregelt werden, sie verlangen jedoch eine gesonderte Regelung, aber eine Regelung, die nicht zu Lasten anderer Entschädigungsleistungen (in diesem Fall zu Lasten der Zwangsarbeitsopfer) geht. Die nach Abzug der 1,7 Mrd DM verbleibenden 8,3 Mrd DM sollen nach dem jetzt gefundenen Verteilungsschlüssel so aufgeteilt werden, daß ehemalige KZ-, Ghetto- und Lagerhäftlinge bis zu DM 15 000, andere zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich oder in besetzte Gebiete Deportierte bis

zu DM 5000 erhalten. Diese Aufteilung wird mit Sicherheit dazu führen, daß eine hohe Zahl von Zwangsarbeitsopfern – vor allem seinerzeit zur Land-

Besondere Bedeutung hatten die

ZwangsarbeiterInnen in der "kriegs-

wichtigen Produktion" z.B. bei den

Firmen Schenck, Goebel, Röhm &

Haas, Merck, Donges oder Goeckel.

Auch in Darmstadt waren damals Tausende der "ins Reich" geschafften ausländischen Arbeitskräfte während des Zweiten Weltkriegs in der Stadt und in den Betrieben allgegenwärtig.

arbeit gezwungene "Ost"- und "P"-Arbeiter – von Entschädigung ausgeschlossen bleibt oder nur geringe Beträge erhalten wird. Die Forderung "Entschädigung für alle bislang nicht entschädigten ZwangsarbeiterInnen" wird also nicht erfüllt werden.

Die damalige Berichterstattung in der lokalen Presse zeigt, daß die erzwungene Arbeit und die Behandlung der "Fremdvölkischen" im Sinne der NS-Herrenideologie vor den Augen und mit Wissen der Bevölkerung erfolgte. Ein ausführliches "Merkblatt" der Darmstädter Gestapo von 1943 etwa unterrichtete Behörden und Firmen über die mit der Beschäftigung von ZwangsarbeiterInnen verbundenen "Gefahren" und die zu beachtenden feindseligen Richtlinien. Be-

sondere Bedeutung hatten die ZwangsarbeiterInnen in der "kriegswichtigen Produktion", so z.B. in den Firmen Schenck und Goebel bei der Herstellung von Spezi-

algeschossen, in der Heeresmunitionsanstalt Eberstadt, bei der für die Luftwaffe (Stichwort "Flugzeugkanzeln") wichtigen Plexiglas-Produktion in der Firma Röhm & Haas, in der chemischen und pharmazeutischen Produktion der Firma Merck, bei der Stahlbaufirma Donges und beim Maschinenbauer

Göckel. Aber auch in den Kleinbetrieben des Handwerks, in Gärtnereien, Baugeschäften, in der Landwirtschaft, auch im Elisabethenstift, der Technischen Hochschule, bei Renovierungsarbeiten im Justizgebäude. Ihnen wurde Arbeit abgezwungen, die sich letzten Endes gegen ihre Heimatländer richtete.

Viele "Fremdarbeiter" kamen in diesen Jahren wegen verbotener Kontakte oder wegen Verletzung der harten Arbeitsdisziplin und der NS-Willkürvorschriften in die Darmstädter Gefängnisse und vor das Sondergericht. Die Häftlinge wurden oft mißhandelt, in einigen Fällen ermordet. Zahlreiche von ihnen starben an Entkräftung und Krankheit. Es kam auch zu gezielten Tötungsaktionen: das Arbeitsamt Darmstadt schickte 1944 über zwanzig an Tbc erkrankte "Ostarbeiter" zur Ermordung in die "Euthanasie"-Anstalt Hadamar.

armstadt war - wie andere Städte und das ganze "Deutsche Reich" - überzogen von einem Netz aus Lagern und Unterkünften direkt bei den Firmen, in Hallen, Gastwirtschaften und Privathäusern. Die Stadt selbst hatte auf dem früheren Exerzierplatz, heute Standort der Fachhochschule ein "Ostarbeiterlager" eingerichtet. Kleinere Firmen teilten sich die Kosten von Unterbringung, Verpflegung und Bewachung dort und "bedienten" sich aus diesem Arbeitskräftereservoir. Eine Gesamtzahl der in Darmstadt eingesetzten ZwangsarbeiterInnen ist nicht zu ermitteln, weil viele Unterlagen verbrannt oder verloren sind. Die erhaltenen Dokumente sind aber aufschlußreich genug, um für die Jahre 1940 bis 1945 die Schätzung zuzulassen, daß insgesamt zwischen fünf- und zehntausend Zwangsarbeitskräfte in Darmstadt gearbeitet haben, allein bei der Reichsbahn von 1943 bis 1945 ca. 2.500, bei der Firma Merck iiber 1.600.

Die Stadt Darmstadt hat seit Dezember vergangenen Jahres dadurch von sich reden gemacht, daß sie im Stadtarchiv hat nachforschen lassen, wieviele ZwangsarbeiterInnen denn da-

mals, vor 55 und mehr Jahren also, in städtischen Betrieben und Einrichtungen eingesetzt waren. Die Stadtverordnetenversammlung hat im März d.J. den Vorschlag des Oberbürgermeisters gebilligt, etwaigen Überlebenden der inzwischen 171 ermittelten "städtischen" ZwangsarbeiterInnen 10.000 DM Entschädigung zu zahlen und sie später auch nach Darmstadt einzuladen. Manchen Beobachtern erscheint dieses Verhalten als Zeichen reuevoller Einsicht eindrucksvoll. Es liegen aber eher skeptische Nachfragen auf der Hand: in Kenntnis der jahrelangen Forschungen und Forderungen zum Schicksal und zur Entschädi-

... um für die Jahre 1940 bis 1945

die Schätzung zuzulassen,daß

insgesamt zwischen fünf- und

zehntausend Zwangsarbeitskräfte

in Darmstadt gearbeitet haben ...

gung der Zwangsarbeiter generell, in Kenntnis der zugänglichen Experteninformationen und Unterlagen in Darmstadt speziell muß nämlich darauf hingewiesen werden, daß es schon seit vielen Jahren möglich gewesen wäre, die Archivbestände der Stadt zu sichten und zumindest - wie in anderen Kommunen - nach dem neuen Aufbruch in der Entschädigungsdebatte seit Oktober 1998 den städtischen Beitrag zu diesem dunklen Kapitel der NS-Geschichte aufzuklären. Dies ist nicht erfolgt und erfolgt bis heute nur oberflächlich. Und schließlich: der vorgesehene Entschädigungsbetrag für die wenigen Überlebenden, die man zu finden hofft, erscheint auf den ersten Blick großzügig - ist er es tatsächlich? Sollte die Stadt Darmstadt nicht zumindest darüberhinaus dreierlei bedenken:

1. Wenn schon allenfalls einige 10.000 DM für Entschädigung aufzuwenden sein werden, müßte dann nicht ein wesentlich höherer Betrag, der sich an der Gesamtzahl von mindestens 171 für die Stadt seinerzeit eingesetzten "Fremdarbeitern" orientiert, einem Projekt zur Verfügung gestellt werden, das der sozialen und gesundheitlichen Betreuung von überlebenden NS-Opfern in Osteuropa dient? (Von der Evangelischen Kirche Hessen und Nassau wird ein solches Projekt in Weißrußland mitgetragen, inzwischen sind erste Firmenspenden hinzugekommen das Projekt benötigt dringend materielle Hilfe, damit den betagten NS-Opfern geholfen werden kann).

2. Die Stadt Darmstadt sollte auf diejenigen Firmen Druck ausüben, die sich bis heute weigern, ihre Beteiligung am Zwangsarbeitssystem in der Nazizeit offenzulegen und dafür auch finanziell (beispielsweise im Rahmen der Bundesstiftung) einzustehen. In Schweigen hüllen sich bis heute die Stahlbaufirma Donges in der Mainzer Straße, die - wie Dokumen-

te im Stadtarchiv zeigen - seinerzeit von Hunderten damaligen "Ost-Arbeitern" profitiert hat, und die kleine, aber florierende Maschinenbaufirma Göckel in der Mornewegstraße. Die Unternehmen Goebel und Schenck, immerhin klangvolle Namen des Wirtschaftsstandorts Darmstadt, sollten sich endlich deutlich erklären, ob sie der Entschädigungsstiftung

beitreten. Das arrogante Schweigen der heute verantwortlichen Geschäftsleitungen darf nicht länger hingenommen werden.

3. Die historische Verantwortung der Stadt Darmstadt reicht um einiges weiter als nur bis zu den damaligen städtischen Betrieben - politisch war sie mit ihren Dienststellen während der NS-Zeit aktiver Bestandteil der Terroraufsicht über alle damaligen ZwangsarbeiterInnen in der Stadt. Sie hat u.a. ein "Ostarbeiterlager" unterhalten. Heute sollte sie alles tun, um die inzwischen zugänglichen, aber immer noch ungeordneten Archivbestände zu diesem The-

#### Lambsdorff empört Polen

Beauftragter des Kanzlers äußert sich über Landarbeiter

Von Edith Heller

Eine Äußerung des FDP Politikers Otto Graf Lambsdorff über polnische Landarbeiter hat in Polen für Empörung gesorgt. Lambsdorff ist Beauftragter von Bundeskanzler Gerhard Schröder bei den Verhandlungen über Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter. Die Regierung in Warschau bemühte sich zugleich, die Wogen zu glätten.

WARSCHAU, 26. Oktober.

"Die Beschäftigung von Ostarbeitern in der deutschen Landwirtschaft ist eine natürliche, historische Erscheinung. Sie haben schon immer so gearbeitet und tun dies sogar heute." Mit diesen Worten soll Lambsdorff bei der jüngsten Verhandlungsrunde in Washington begründet haben, warum Zwangsarbeiter landwirtschaftlicher Betriebe in der NS-Zeit nicht von vorneherein zu denen gehören, die auf jeden Fall aus dem geplanten Entschädigungsfonds Geld bekommen. Es soll im Ermessen der bereits für frühere Zahlungen zuständigen Stiftung liegen, ob diese Opfer berücksichtigt werden. Das Zitat Lambsdorffs veröffentlichte die polnische Zeitung Rzeczpospolita am Dienstag auf ihrer ersten Seite.

Der Leiter der polnischen Delegation bei den Verhandlungen, Staatssekretär Janusz Stanczyk, bestätigte das Zitat im Gespräch mit der FR. Lambsdorff habe ihn in Gegenwart der US-Delegation auch gefragt, ob er wisse, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt mehr als 80 000 Polen in der deutschen Landwirtschaft arbeiten. "Ich hoffe, dass sie nicht deportiert wurden", habe er geantwortet. Lambsdorff habe darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Landarbeiterproblem um den "dauernden Ausdruck der selben historischen Erscheinung" handele. Das deutsche Delegationsmitglied Michael Geier sagte auf Anfrage der FR, dabei habe Lambsdorff "selbstverständlich weder von Zwangsarbeit als natürlicher historischer Erscheinung gesprochen noch sie als wertfrei zu behandelnde historische Prozesse bezeichnet". Er habe jedoch "in der Tat davon gesprochen, dass es vor und nach dem Krieg in Deutschland osteuropäische Landarbeiter gegeben hat", sagte der Mitarbeiter des FDP-Politikers. Zugleich habe Lambsdorff "in anekdotischer Form" erzählt, dass es auf dem Hof seiner Eltern immer Arbeiter aus Polen gegeben habe und auch heute noch gebe.

Während die Äußerung Lambsdorffs in der polnischen Öffentlichkeit heftig kritisiert wurde, bemühte sich der Warschauer Staatssekretär Stanczyk darum, die Aufregung zu dämpfen. Er persönlich sei über "solche Ungeschicklichkeiten nicht empört", weil es sich um ein "sehr kompliziertes Problem" handele. Er könne sich "nicht vorstellen, dass wir nicht zu einer angemessenen Lösung kommen", sagte er.

Frankfurter Rundschau vom 27.10.99

ma auswerten zu lassen – schließlich geht es um einen Teil der Geschichte dieser Stadt. Große Städte wie Hannover, Stuttgart oder München, auch mittlere wie Hagen in Westfalen und zahlreiche andere Kommunen zeigen längst, was man und wie man dies anpacken kann. Ein Klick im Internet (www.hco. hagen.de) informiert, was beispielsweise vom Historischen Centrum Hagen aus heute schon an Information und Recherchemöglichkeit zum Thema angeboten wird.

Auch die Technische Universität müßte sich mit einer Initiative in Richtung Forschung und Dokumentation der Geschichte der Zwangsarbeit in Darmstadt keineswegs zurückhalten. Schon ihr effektiver Beitrag zur Raketenforschung und entwicklung der NS-Rüstungsindustrie bis hin zur Kollaboration des Instituts für praktische Mathematik mit der SS und zu dem von Alwin Walther von dort aus organisierten Einsatz von KZ-Häftlingen zu

rechnerischen Hilfstätigkeiten müßte hierfür Anlaß genug sein. Die heutige Leitung der TU Darmstadt könnte mit einer solchen Initiative auch einen ihrer verdienstvollen Hochschullehrer auf würdige Weise gedenken: der Bruder des Schriftstellers Bert Brecht, Walter Brecht, lehrte als Spezialist für Papierfabrikation an der hiesigen Hochschule, hat als Nazigegner sein Institut frei von NS-Propaganda gehalten, dort während der Bombennächte russische Zwangsarbeiter geschützt und ihnen auch zu essen gegeben; diese "Fremdarbeiter" haben ihrerseits Walter Brecht für dessen aktive Hilfe nach 1945 durch schützendes Verhalten, zu dem sie nach der Befreiung in der Lage waren, Dank abgestattet.

Christoph Jetter

Mitarbeiter der Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime

# Der Präsident sei dein Herr, bestimmt von der heiligen Ministerialgewalt

Von Oliver Heuser

"Die Hessische Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Leistungskraft der Hochschulen weiter zu stärken und ihre Konkurrenzfähigkeit im nationalen und internationalen Bildungswettbewerb deutlich zu verbessern. Um dieses Ziel zu erreichen, hat das Regierungskabinett heute den Gesetzentwurf für eine zweite, umfassende Reform des HhG gebilligt."

Ruth Wagner, Hess. Ministerin für Wissenschaft und Kunst, am 29.02.2000 zur Neufassung des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG)

m Detail spricht Ruth Wagner dabei u.a. folgende Änderungen an: Wichtige Kompetenzen werden von fast demokratisch besetzten Gremien auf wenige AmtsträgerInnen um den/die PräsidentIn konzentriert. Hierbei wird der Senat (§38) entscheidend geschwächt, indem Entscheidungen über Zielvereinbarungen, Budgetierung, Wirtschaftsplan grundsätzlich dem Präsidium übertragen werden. Bei dieser Gelegenheit wird gleich noch der "erweiterte Senat" abgeschafft, der bisher das einzige drittelparitätisch besetzte Gremium war. Was bleibt, sind drei Studierende (bzw. 5 an den FHs), die in einem Senat mitstimmen dürfen, der fast nur noch technokratische Funktion hat, denn die wichtigsten Entscheidungen werden im Präsidium (§41) oder im erweiterten Präsidium (§41a) getroffen. Im ersten Gremium entscheiden der Präsident mit dem Vizepräsidenten und dem Kanzler über den Wirtschaftsplan der Hochschule, legen die Zielvereinbarungen mit dem Ministerium fest und weisen die Budgets zu. Damit liegt in diesem Gremium die letztliche Entscheidung über Wohl und Wehe der Hochschule. Das erweiterte Präsidium besteht zusätzlich aus den DekanInnen und diese bereiten die Grundlagen für die Entscheidungen des Präsidiums bezüglich der Zielvereinbarungen und des Wirtschaftsplanes vor. Dass (seit dem 2. Entwurf) auch die Frauenbeauftragte, der/die AStA-Vorsitzende und der/die Personalratsvorsitzende an den Sitzungen teilnehmen dürfen, ist eine kleine Verbesserung, ändert aber nichts an der grundsätzlich undemokratischen Struktur.

Zusätzlich muss das Präsidium bei der Wahl des Dekanats zustimmen, was von Frau Wagner unter der Bezeichnung "doppelte Legitimation" hoch gelobt wird. Damit wird es dem Präsidium ermöglicht, sich die Mitglieder des erweiterten Präsidiums quasi selbst auszusuchen, somit von Beginn an kontroverse Positionen aus den "Filialen der Macht" herauszuhalten. Derartige Umstrukturierungen entwerten die Hochschulen zu Dienstleistungsunternehmen des freien Marktes, so dass deren Privatisierung (nach §1 HHG) die wahrscheinliche Folge sein wird.

Die Fähigkeit, kontroverse Diskussionen in Gremien mit paritätischer Besetzung durch die Hochschulgruppen in weitsichtige und zukunftsweisende Entscheidungen münden zu lassen, stellt als Grundlage einer demokratischen Gesellschaft eine Leistung dar, die sich positiv auf die Konfliktlösung in und zwischen Gesellschaften auswirkt. Eine Qualitätssteigerung in dieser Form ist durch das geplante HHG ausgeschlossen.

Die vorgesehenen Zielvereinbarungen können als Zielvorgaben des Ministeriums zum direkten Steuerungsmechanismus werden, mit dem die Ministeriellen bis in die Fachbereiche hinein regieren können. "Gegenstand einer Zielvereinbarung können Schwerpunktsetzungen im Studienangebot und bei den Forschungsleistungen, die Förderung der Qualität von Lehre und Forschung, die Förderung von Frauen und des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie der angestrebte Finanzrahmen sein." (§91 Abs.2 HHG Entwurf). Wie weit die Hochschulen sich gegen bevormundende Zielvorgaben wehren können, ist fraglich, da die Finanzierung der Hochschulen auch von den Vereinbarungen/Vorgaben abhängt. Interessant ist, dass in den Usa Zielvereinbarungen als Steuerungsinstrument gerade abgeschafft werden, weil sie statt einer Leistungssteigerung lediglich eine zusätzliche Auslastung von Kapazitäten bewirkt haben.

Neben Autonomie und Verantwortung stehen Qualität und Leistung als weitere Leitbegriffe der sogenannten Hochschulreform. Die in Regierungskreisen kursierenden Definitionen von Qualität, Leistung und deren Evaluierung entstammen z.B. so obskuren Ge-

sellschaften wie dem Centrum für Hochschulentwicklung -CHE, einem Ableger der Bertelsmann-Stiftung. Die veröffentlichten Positionen des CHE in Verbindung mit deren Umsetzung im Gesetzesentwurf zeigen, dass dieses Centrum seinen Schwerpunkt eher in Lobbyarbeit für die Hochschulleitungen und Steigerung der ökonomischen Effizienz der Hochschulen sieht, als im Erhalt der Gruppenhochschule. Was Leistung ist und worin das "Produkt" Bildung besteht, wird durch die Evaluation definiert und erhoben. Eine Evaluation (§95) zur Ermittlung von

Effizienz und Effektivität von Hochschulen, wie im Gesetz geregelt, erscheint vor diesem Hintergrund als rein faktisches Abrechnen von messbaren Leistungen; sie verfolgt also primär ökonomische Ziele und wird somit nicht zu Verbesserungen in Forschung und Lehre führen. Nur eine Gleichberechtigung von ProfessorInnen, MitarbeiterInnen und Studierenden kann dafür sorgen, dass eine interne Evaluation – ohne direkte Folgen auf die Mittelvergabe – zur Beseitigung von Missständen beiträgt.

in Gesetzentwurf, der die Hochschulen mit "vereinfachten" Entscheidungsstrukturen ausstattet, die z.B. Helmut Kohl für die CDU bevorzugt hat, verändert die Hochschule so nachhaltig, dass von Freiheit der Wissenschaft kaum noch die Rede sein kann. Dadurch wird die Bereitschaft der Gesellschaft die Hochschulen zu finanzieren weiter gesenkt, was eine Erhebung von Studiengebühren (wie Roland Koch es sich schon lange wünscht) wesentlich begünstigt. In diesem Sinne ist die Streichung des §67 (Unterrichtsgeldfreiheit) nur als erster Schritt zur Einführung von Studiengebühren zu werten. Über die Einführung der Studienabschlüsse Bachelor und Master zur "Steigerung der internationalen Akzeptanz" können diese "neuen" Studiengänge von Anfang an mit Gebühren belegt werden. Per Gesetz sind grundständige Studiengänge bisher von Studiengebühren ausgenommen. Da der Bachelor als erster berufsqualifizierender Abschluss gesehen werden kann, wird die Definition des Master-Studien-

ganges als gebührenpflichtiges Weiterbildungs- oder Zweitstudium nicht lange
auf sich warten lassen. Diese Veränderungen ziehen ebenfalls Beeinträchtigungen bei der BAFöGFörderung nach sich.
Das Recht auf Bildung wird so über
kurz oder lang zum
persönlichen Finanzrisiko des einzelnen.

Die verfasste Studierendenschaft (§99) wird mit der Rückkehr zur Formulierung des Hochschulgesetzes von 1978 ihrer Mitbestimmungsmöglichkeiten beraubt. Wichtige Aufgaben, wie zum Beispiel die Förderung des Eintre-

tens der Studierenden für Menschen- und Bürgerrechte im demokratischen und sozialen Rechtsstaat sind aus dem Gesetz gestrichen worden. Ebenfalls gestrichen wird die Möglichkeit der Studierendenvertretungen, Medien zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu nutzen. Trotzdem Verantwortung ein Leitbegriff der Reform ist, wurde die Verantwortung der Hochschulen für die Gesellschaft (§3) aus dem Gesetzesentwurf gestrichen, ebenso wie die Verwirklichung des Rechtes auf Bildung.





# Das Imperium schlägt zurück

Der Start des neuen Hessischen Hochschulgesetzes im Zusammenspiel mit der internationalen Wirtschaft und der Flexibilisierung des Studierens. Von Tobias Fabinger

"Die Europäer blasen zur Aufholjagd. Zum ,weltweit wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum' soll die EU werden. Dies erklärten die Staats- und Regierungschefs vergangene Woche in Lissabon." Mit diesem Zitat beginnt der Leitartikel der Wochenzeitung "Die Zeit" vom 30. März 2000. Im folgenden wird dann die sogenannte Wissensgesellschaft beschworen, die Internet-Wirtschaft und die Flexibilisierung, Verkürzung und vor allem Ausdifferenzierung des Studiums. "Nicht mehr der Biologe wird die Hochschule verlassen, sondern der promovierte Biologe, der in die Forschung geht, der Biotechniker, der Mikroorganismen für den Umweltschutz züchtet, und der Bioinformatiker, der Programme zum Modellieren von Molekülen schreibt."

ieser Leitartikel aus der "Zeit" kann als exemplarisch betrachtet werden, er liegt im Trend der aktuellen bildungspolitischen Diskussion. Diese läßt sich kurz so zusammenfassen: Die Hochschulen seien zu "uneffektiv", folglich müsse eine Reform auf mehr "Wirtschaftlichkeit" der Hochschulen zielen. Um dies zu erreichen, sollen öffentliche Finanzmittel "leistungsorientiert" zugeteilt werden. Die Wirtschaftlichkeit der Hochschulen kann deutlich gesteigert werden, wenn die Entscheidungsstrukturen der Hochschulen gestrafft werden. Dadurch sind demokratische Gremien an den Hochschulen uneffektiv und somit überflüssig. Die durchschnittliche Verweildauer der Studierenden an den Hochschulen ist zu lang. Um die Hochschulen für den internationalen Wettbewerb fit zu machen, müssen diese verwertbares Wissen und ebensolche Qualifikationen produzieren. Das Leitbild der konservativ-liberalen Gegenreform ist die Universität als "Dienstleistungsunternehmen".

Die gesamte Diskussion weist allerdings einen schweren Mangel auf. Es geht immer nur um die Frage von Effektivität und Ökonomie von Bildungseinrichtungen, nicht aber um den gesellschaftlichen Sinn von Bildung, um Bildung selbst, um das, was Bildung für die Menschen bedeuten könnte. Die Gestaltung des Bildungssystems aber müsste sich sinnvollerweise von einer Bestimmung der Bildungsziele herleiten. Es wird zwar viel über Bildung geredet, ja, Bundeskanzler Schröder erklärte die Bildungsproblematik sogar zum Jahrhunderthema, welches die soziale Frage als Hauptproblem des 20. Jahrhunderts ablösen werde. Zu einer Diskussion über die Ziele der Bildung kommt es jedoch gar nicht erst.

#### Hochschulpolitik in Hessen

Der Gesetzesentwurf, den mittlerweile die CDU/FDP geführte "Bimbes"-Regierung in Hessen vorgelegt hat, folgt dem oben beschriebenen Trend. Die Wissenschaftsministerin Ruth Wagner (FDP) scheint das Gesetz vom Bundesverband der deutschen Industrie abgeschrieben zu haben. In einem Papier des BDI aus dem Jahre 1996 heißt es: "Mehr Verantwortung in die Hochschulen verlagern, setzt eine Rückführung der Entscheidungskompetenzen gruppenparitätisch legitimierter Kollegialorgane voraus. Das Ziel einer größeren Eigenständigkeit und Verantwortung der Hochschulen verlangt klare und starke Leitungsstrukturen. Eine Organisationsreform an den Hochschulen muß vor allem auf der Ebene der Hochschulleitung einsetzen. Sie trägt die Gesamtverantwortung für den Dienstleistungsbetrieb Hochschule. Um diese Aufgabe wirkungsvoll erfüllen zu können, braucht die Hochschulleitung umfassende Kompetenzen im Personal- und Finanzbereich sowie bei der inhaltlichen Gestaltung des Hochschulprofils." Diese Position des BDI stimmt haargenau mit der Stoßrichtung des Gesetzesentwurfes in Hessen überein.

#### Vernachlässigung von echten Problembereichen

Die Hochschulpolitik der CDU/FDP-geführten Landesregierung zielt auf eine durchgreifende Umgestaltung der hessischen Hochschulen. Um es kurz zusam-

menzufassen: Die Reste der Bildungstradition der Humboldtschen Universität sollen auf einen Großbetrieb reduziert werden. Die Studierenden werden entmündigt und entpolitisiert. Für Reflexionskompetenzen wird in der "Marktuni" kaum noch Raum sein. Einige bildungspolitische Problembereiche, die dringend bearbeitet werden müssen, fallen im Mainstream ganz hinten runter. So etwa die ständige Aufgabe, im Bildungsbereich Chancengleichheit herzustellen, wie es die FDP selbst in den 70er Jahren beabsichtigte. Einst sollte der Bildungsabschluß nicht von der sozialen Herkunft abhängig sein und tatsächlich zeigten die Bildungsreformen in den 70er Jahren gewisse Effekte in diese Richtung. Heute ist dies kein Thema mehr, vor allem nicht für das FDP-geführte Wissenschaftsministerium.

estzustellen ist in den letzen Jahren ein Trend zur zunehmenden sozialen Schließung der Hochschulen. Das bedeutet, daß ein übergroßer Anteil höherer Mittelschichten an den Hochschulen vertreten ist, während die sogenannten "bildungsfernen" Schichten kaum noch repräsentiert sind. Dies wiederum hat fatale Auswirkungen auf den demokratischen "Output". Denn nur wenn eine hinreichend große Anzahl von "Kindern" aus sogenannten "Unterschichtfamilien" die Chance zur höheren Bildung erhält, bildet sich ein Potenzial heran, daß die gesellschaftlichen Widersprüche und sozialen Ungleichheiten qua biographischer Erfahrung reflektieren kann; von diesen Bildungsprozessen ist ein gesellschaftskritisches Potenzial zu erwarten, welches die Demokratie qualitativ weiterentwickeln kann und nicht nur den ökonomischen Mainstream abbildet. An dieser Stelle ist die Hochschulpolitik mit der Schulpolitik verkoppelt, denn bereits in der Schule finden die entsprechenden Selektionsprozesse statt. Die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems geht mit einer progressiven Hochschulpolitik einher.

#### Die Notwendigkeit einer echten Reformdiskussion

Dringend notwendig ist eine echte Bildungsdiskussion, welche die Zielbestimmungen von Bildung und Hochschulen nicht nur ökonomisch umfasst. Bildungsprozesse und Wissenschaft können nicht als "Produkt" definiert werden, ohne daß sie ihre Substanz verlieren. Bildung intendiert einen lebendigen Entwicklungsprozeß, sie sperrt sich gegen eine faktische Leistungsmessung. Die Hochschulen müssen in einer demokratischen Gesellschaft mehr sein, als vorgeschaltete Innovationszentren der Konzerne. Ihre Forschung müssen die Hochschulen gegenüber der Gesellschaft verantworten und nicht gegenüber partikularen Kapitalinteressen. Über die Ziele und den Sinn von Forschung muß also politisch und öffentlich verhandelt werden. Eine Kürzung von vermeintlich verhandelt werden. Eine Kürzung von vermeint-

lich uneffektiven Forschungsbereichen an den Hochschulen ist auch eine politische Entscheidung. Aber nicht mehr eine, die sich durch gesellschaftliche Interessen oder gar wissenschaftliche Wahrheit legitimiert, sondern ausschliesslich als ökonomischer Sachzwang auftritt. Das von der Landesregierung vorgestellte Modell einer "autonomen Hochschule" ist also zutiefst autoritär und undemokratisch. Es überantwortet einen Bereich, der demokratisch entschieden werden muß, ohne Not der Logik des Sachzwangs. Mit diesem Mechanismus werden die industrienahen und drittmittelstarken Bereiche weiter ausgebaut; die anderen, also Grundlagenforschung und Geistes- und Sozialwissenschaften, fallen hinten herunter. Bei der Diskussion über eine Reform geht es also zunächst einmal darum, die Rolle von Wissenschaft und Bildung inhaltlich zu bestimmen.

#### Hierzu in der Kürze nur einige Vorschläge:

Wissenschaft muß in ein kritisches Verhältnis zur gesellschaftlichen Praxis treten und dabei gesellschaftliche Prozesse kritisch reflektieren. Ihre Aufgabe ist es, langfristige Alternativen zu entwickeln und sich Problemen zu widmen, die über die kurzfristigen Lösungen der Politik und der Wirtschaft hinausgehen. Nur dann kann Wissenschaft verändernd auf die Praxis zurückwirken.

Das zentrale Lernziel eines Hochschulstudiums ist neben der fundierten fachwissenschaftlichen Ausbildung vor allem "Mündigkeit", also die Fähigkeit, nach dem Studium gesellschaftliche Prozesse in ihrer Gesamtheit reflektieren und beurteilen zu können. Diese Mündigkeit aber realisiert sich nur, wenn den Studierenden politische Mitverantwortung für die Hochschule als Ganzes zugebilligt wird. Studentische Mitbestimmung ist also notwendiger Bestandteil des Bildungsprozesses an der Universität. Dies betrifft ebenso die Forschung an den Hochschulen.

Hierarchien und persönliche Abhängigkeiten verzerren den wissenschaftlichen Diskurs, der sich nur unter Gleichberechtigten entfalten kann. Die Hochschulen müssen sich insofern repolitisieren, als daß eine breite Hochschulöffentlichkeit sich in permanenter Diskussion über gesellschaftspolitische Kontexte der Hochschule, über den Sinn und die Ziele von Forschung und über die Gestaltung der Lehre befinden muß. Realistisch gesehen haben die Kräfte der demokratischen Reform zur Zeit allerdings wenig Chancen, um überhaupt gehört zu werden. Im Zentrum der Hochschulpolitik sollte zunächst die Auseinandersetzung mit der herrschenden Politik stehen. Zugleich gilt es, eine Opposition gegen den Kurs der Landesregierung zu organisieren, um vielleicht doch noch die schlimmsten Auswirkungen des Gesetzes zu verhindern. Wie auch immer, man kann die Bildung zwar ans Gängelband der Ökonomie nehmen, ganz verhindern kann man sie aber nicht.

# Kommentar

# Hochschulpolitik in Zeiten regierender Ignoranz

"Keine Autonomie ohne Demokratie" war der Hauptslogan der hessischen Studierenden in der Diskussion des rot-grünen Entwurfes für ein neues Hessisches Hochschulgesetz (HHG) Ende 1998. Das Ziel, eine wirkliche Gruppenuniversität zu schaffen, in der die ProfessorInnen nicht mehr mit ihrer absoluten Mehrheit alle Reform- und Innovationsideen blockieren können, wurde zwar von Rot-Grün propagiert, aber bei weitem nicht umgesetzt. Sie beugten sich dem Widerstand einer Handvoll Professoren und Uni-Präsidenten. Das Ergebnis war ein HHG, das die Machtverhältnisse der letzten Jahrzehnte festschrieb, Gremien "verschlankte", Leistung statt Bildung propagierte und mit zwei "demokratischen Erdbeeren" garniert war.

Über diese gelungene Vorarbeit konnte sich die folgende schwarz-gelbe Landesregierung nur freuen. Als erstes ließ sie die Erdbeeren verschwinden und machte sich dann an ein noch "tolleres" Hochschulgesetz. Der Referentenentwurf des Ministeriums wurde dann auch folgerichtig der Öffentlichkeit am 22. Dezember als Weihnachtsgeschenk präsentiert. Bis Anfang Februar sollten sich die Hochschulen dazu äußern, dann folgten bereits der (kaum veränderte) Gesetzentwurf, Kabinettsbeschluß und erste Lesung im Landtag. Noch in diesem Sommersemester werden 2. und 3. Lesung über die Bühne gehen.

Die Macht der Professorinnen und Professoren, die in den vergangenen Jahrzehnten mit ihrer Mehrheit in den Hochschulgremien alle großen Reformversuche scheitern ließen und durch überwiegende Initiativlosigkeit auffielen, wird zementiert. Die bisherigen Mitspracherechte der "sterblichen" Gruppen (Studierende und MitarbeiterInnen) werden auf acht Personen auf Hochschulebene beschränkt. Gerade die Gruppen, die sich sowieso schon in akademischer und oft auch finanzieller Abhängigkeit von ihren ProfessorInnen befinden, werden hier in der Vertretung ihrer Interessen und Meinungen geschwächt.

Für viele wichtige und grundlegende Entscheidungen ist überhaupt kein Gremium für eine Diskussion mehr vorgesehen. Das Präsidium soll dies eigenständig entscheiden. Aber auch ein von einer Professorenmehrheit gewählter Präsident oder eine Präsidentin kann sich nicht aus dem überall existierendem ProfessorInnenklüngel lösen. Ohne ein Gremium im Rücken, welches die Interessen der Hochschule und nicht nur das Interesse der ProfessorInnen vertritt, wird ein Präsidium niemals Reformen angehen, die Besitzstände von ProfessorInnen (und diese halten fast alles in einer Hochschule für ihren Besitz) bedrohen könnten.

Aber auch der Altar der "Autonomie", vor dem im Namen von Leistung und Wettbewerb die Demokratie geopfert wird, ist eine Farce. In Wirklichkeit plant das Ministerium eine Autonomie am Gängelband des Landes. Nach außen wird eine angebliche Autonomie gefeiert, im stillen versucht das Ministerium über Zielvereinbarungen noch konkreter in die Hochschulen hineinzusteuern als ihnen bisher möglich war. Diese Zielvereinbarungen werden zwischen Ministerium und Präsidium verhandelt, Transparenz und Diskussion findet höchstens im Nachhinein statt.

Dieser Effekt (keine Transparenz, kein Informationsfluß, kein Ort für öffentliche Diskussion) scheint beabsichtigt zu sein, da er sich durch das ganze Gesetz zieht. Auch das Gesetzgebungsverfahren ist so ausgelegt: Aussprache der Betroffenen soll auf ein Minimum beschränkt, das Ganze möglichst schnell durchgezogen werden, Vorabinformationen aus dem Ministerium waren nicht zu erhalten.

Dabei versucht die Landesregierung gar nicht besonders unauffällig zu sein. So heißt es schon in Paragraph 1 Absatz 1 des Gesetzentwurfs: "Die Hochschulen des Landes Hessen sind rechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts und zugleich staatliche Einrichtungen. Die Landesregierung kann einer Hochschule des Landes auch eine andere öffentlichrechtliche oder privatrechtliche Rechtsform geben." So kann es dann also nächstes Jahr heißen: TU Darmstadt AG. Und 2002 ist der Börsengang. Wir empfehlen: Nicht zeichnen.

## Literatur

Heilige Brut

von Alex Dreppeç

ie Entnahme verlief erwartungsgemäß ohne Schwierigkeiten. Die Frau verließ mein Labor vor dem Mann. Zum Abschied sagte sie in dem bedächtigen Ton, der mir schon bei unserem ersten Treffen an ihr aufgefallen war: "Verfolgen Sie nur weiter Ihre Mission, so wie ich die meine und wir gemeinsam die unsere". Als sie gegangen war, sprach der Mann zu mir: "Sie ist noch Jungfrau und es ist unerläßlich, daß das so bleibt. Wenn Sie die geringste Gefahr sehen, daß beim Einbringen des Embryos auf... sozusagen natürlichem Wege eine Verletzung der Jungfräulichkeit stattfindet, bitte ich Sie, wieder den Weg über die Bauchdecke zu wählen". Ich teilte ihm mit, daß das Instrument, das ich verwenden würde, sehr schmal wäre und daher keine Gefahr bestünde, das Jungfernhäutchen zu beschädigen. Er winkte ab, wollte das nun wohl doch nicht so genau wissen. "Wenn Sie nur selbst ganz sicher sind, vertrauen auch wir Ihnen", sagte er und verabschiedete sich.

Obwohl ich schon weit schwierigere Aufträge hatte annehmen müssen, beschäftigten mich diese merkwürdigen Umstände. Dennoch setzte ich meine Arbeit fort: Ich brachte in die Eier der Spenderin und künftigen Leihmutter mehrfach die genetische Rekonstruktion ein, die ich mühevoll aus den uralten Spuren von Blut, Schweiß und Speichel auf dem Stück Tuch gewonnen hatte. So erschuf ich die bestellten Klon-Embryos und bereitete alles vor für die Einpflanzung eines der Exemplare.

Der Tag, an dem das geschehen sollte, nahte. Am Abend davor erschien wie verabredet mein Auftraggeber. Er war zufrieden, obwohl ihn immer noch die schon am Anfang geäusserten Zweifel plagten. "Und Sie sind wirklich sicher, daß das Genom ausschließlich von einem Mann stammt und nicht auch zum Teil von anderen Menschen, die das Tuch berührt haben?", fragte er. Ich beruhigte ihn zum wiederholten Male. Er war schon ziemlich pingelig, aber ich wurde ja gut bezahlt.

Er eröffnete mir, daß er am folgenden Tag nicht nur mit der Leihmutter, sondern auch in Begleitung zweier weiterer Männer erscheinen

22

wolle. Diese sollten ihm bei der Durchführung einer Zeremonie helfen, die die Verpflanzung begleiten würde. Das gefiel mir nicht. Ich versuchte, dem Mann dieses Vorhaben auszureden und zu erfahren, um welche Art von Zeremonie es sich denn handele. Er überreichte mir die fällige Rate. "Morgen erhalten Sie den Rest, wenn alles so läuft, wie wir uns das vorstellen. Stellen Sie keine weiteren Fragen, gleichgültig, wie seltsam Ihnen persönlich alles vorkommt", sagte er mit scharfem Ton. Ich nickte.

Ein anderes Problem wollte ich jedoch noch lösen: man würde mir mein Tun später anhand eines Vergleichs der Gene des Klons mit den Genen auf dem Tuchstück nachweisen können, das ich daher nicht zurückgeben wollte. Nachdem mein Auftraggeber meine Arbeit ja nun gutgeheißen hatte, wurde es nach meiner Ansicht nicht mehr gebraucht. Ich nahm das Tuch aus seinem Behälter und wollte es verbrennen.

Der Mann schrie auf und warf sich zwischen mich und den Bunsenbrenner. Ich setzte zu einer Erklärung an, er unterbrach mich: "Das, das dürfen sie nicht tun". Er hielt die Hand vor sein Gesicht. "Es handelt sich um... es ist sehr wertvoll, geben Sie es mir, geben Sie es mir sofort", sagte er und entriß mir das Tuchstück. Jetzt hatte ich genug. Ich vergaß meine geschäftlichen Grundsätze und stellte den Mann vor die Wahl, mich auf der Stelle über die Hintergründe des Auftrags aufzuklären oder mit anzusehen, wie ich die Embryos vernichte. Er wurde aschfahl. "Ich werde es Ihnen sagen", sprach er "Aber setzen Sie Ihre Arbeit fort und schweigen Sie zu aller Welt! Wir haben Mittel und Wege, Ihnen das Leben zur Hölle zu machen. Außerdem sind Sie selbst tief in die Angelegenheit verstrickt!".

Er machte eine Pause. Schließlich holte er tief Luft und fragte mich: "Haben Sie schon einmal etwas von dem Turiner Leichentuch gehört?". Das hatte ich. Ich mußte mich setzen. "Es ist seit Kurzem so gut wie sicher, daß das Tuch echt ist, es handelt sich um das Leichentuch unseres Erlösers, Jesus Christus, Gottes Sohn. Von diesem Tuch stammt die Probe, die ich Ihnen gegeben habe und aus der Sie die Gene extrahiert haben".

Nach einer Weile faßte ich mich und sagte: "Sie unterschätzen den Einfluß der Umwelt... Der Klon wird ein normaler, orientalisch aussehender Junge sein, der... Skateboard fahren will!". "Er wird der Messias sein, ich habe Gewißheit", antwortete mein Auftraggeber. "Und sie handeln eigenmächtig, ich meine - ohne den Willen, ohne den Auftrag von...". Er unterbrach mich: "Doch, den habe ich. Als ich in Turin am Leichentuch stand, wies der Herr mich an, die Rückkehr seines Sohnes nach zweitausend Jahren einzuleiten". Es erschien mir sinnlos, meine Zweifel an dieser Äußerung zu zeigen. "Denken Sie etwa, Sie wären durch die Gene von Jesus Christus denjenigen seines Vaters auf der Spur – den Genen Gottes?", fragte ich. "Spotten Sie nicht. Und stellen Sie sich unserer Mission nicht in den Weg. Wenn morgen früh nicht alles so ist, wie wir es verabredet haben, werden Sie es bereuen!", sagte der Mann und ging.

In dieser Nacht schlief ich schlecht. Ich träumte davon, in einem Meer aus riesenhaften, platzenden Blasen zu ertrinken. Immer wieder wachte ich auf und überlegte, wer wohl hinter meinem Auftraggeber stand. War es am Ende der Vatikan, der Papst selbst? Angesichts der aufgewendeten Finanzmittel war es unwahrscheinlich, daß ich es mit einem

Einzelgänger zu tun hatte – der wohl auch kaum so einfach und noch dazu ohne jegliches Bekanntwerden eines Diebstahls an ein Stück des Turiner Leichentuchs hätte kommen können. Würden sie versuchen, den Klon zum Messias zu erziehen? Ich kam trotz allem zu dem Schluß, daß ich mir die angekündigte Summe nicht entgehen lassen sollte.

Die Nacht verging. Am nächsten Morgen kam mein Auftraggeber zur verabredeten Zeit. Ich war überrascht, denn er hatte die Tarnung fallenlassen. Er erschien in einer langen, schwarzen Priesterkutte. Es begleiteten ihn zwei Männer, die wie Meßdiener aussahen und allerlei Gerät mitschleppten. Selbst die Leihmutter erkannte ich an ihrer Kleidung als Nonne. Mein Kontaktmann sprach: "Wir werden nun ein paar Choräle singen und die Weihrauchkessel schwenken, während Sie die Verpflanzung vornehmen. Nach Abschluß ihrer Arbeit bitte ich Sie, zur Seite zu treten, damit ich den Segen über unsere Schwester sprechen kann, die Christus empfängt".

Die Leihmutter entkleidete ihren Unterkörper und setzte sich mit gespreizten Beinen auf den dafür vorgesehenen gynäkologischen Stuhl, den ich vor ein paar Jahren günstig gebraucht erworben habe. Die Meßdiener brachten die Weihrauchkessel zum Rauchen, schwenkten sie und fingen an zu singen. Sie qualmten tatsächlich mein Labor voll. Ich saugte vorsichtig den ausgewählten Embryo in die pipettenartige Vorrichtung, mit der ich ihn durch den Muttermund in die Gebärmutter bringen wollte.

Einer plötzlichen Eingebung folgend sagte ich "Ich kann nicht", stand auf und spritzte den Embryo nicht an den vorgesehenen Ort, sondern in einen Blumentopf, der in der Nähe des Stuhls stand (ich habe die übertriebenen hygienischen Bedenken mancher Kollegen nie geteilt).

Die drei Männer erstarrten. Die nackte Nonne schrie. Der Priester faßte sich zuerst: "Sie... sind des Satans!" brüllte er und stürzte auf mich zu. Ich sprang hinter den gynäkologischen Stuhl. Ich erwartete, daß er mir an die Gurgel gehen oder versuchen würde, mich mit einem der mitgebrachten Kreuze zu erschlagen. Glücklicherweise kamen ihm die Meßdiener nicht zur Hilfe. Sie standen noch immer starr vor Schreck da, ihre Weihrauchkessel hatten sich in ihren Händen von selbst weiterbewegt und schwangen erst jetzt langsam aus.

Der Priester ließ von mir ab. Er fing an, die oberste Erdschicht des Blumentopfs abzukratzen und wie besessen der nackten, schreienden Nonne zwischen die Beine zu stopfen. Ich lief davon, auf die Straße, stieg in mein Auto und fuhr an. Im Rückspiegel sah ich, wie auch die halbnackte Nonne aus meinem Labor gelaufen kam, auf der Flucht vor dem, der sie noch immer mit dem Klon von Jesus Christus befruchten wollte.

Als ich am nächsten Tag in mein Labor zurückkehrte, fehlten mit dem Tuch, sämtlichen Datenträgern und allem, was mit der Sache zu tun hatte, auch die sicherheitshalber angefertigten Embryo-Duplikate in ihren mit Nährlösung gefüllten Behältern. Der Priester hatte sich bei mir sehr genau über alle Vorgänge informiert und es gibt keinen Grund anzunehmen, daß er die Embryos vernichtet hat, auch wenn ihm die ursprüngliche Leihmutter wahrscheinlich nicht mehr zur Verfügung stand. Ich glaube daher, daß derzeit irgendwo auf der Welt einer oder gleich mehrere Klone von Jesus Christus heranwachsen und frage mich, wie lange ihre Erzieher die Existenz eines Mitwissers dulden werden.

24

inmal
zu sprechen in der heiligen Sprache,
der Flammensprache, der Zungensprache,
der blutigen Sprache der Erotik, das ist mein größter Traum gewesen:

#### Bei Leib und Wein:

Andreas Kaminski

Ich trat ins Freie, siehst du es, die Pappeln, sie schossen auf, eine Dole gab uns einen Ruf, und der war ein Zeichen: wir waren, waren in der Verirrung; der Horizont war weit genug für die Verlorenheit von ein paar Händen, bereit uns zu beherbergen, und so lang, so lang wie die Flucht dorthin, denk dir, war ein Gefühl, das uns trug und trug; es war ein Stern in uns und ein Sturm und die Nacht, und sie alle, sie alle kamen, kamen bei und fragten nicht, denn es war eine andere Sprache in jener Stunde, es war, war die unendlich ängstlich leise Sprache, jene, die sich fürchtet eine Sprache für mehr als die beiden zu sein, die einen Schwur taten und nun eingeweiht sind; man gibt sich ein unbegreifliches Versprechen leichtfertig, wenn man leise spricht. Aber nicht nur, um die Unkundigen nicht teilhaft werden zu lassen, was mitten unter ihnen geschieht, wahnsinniger noch als das Ewige in der Zeit, spricht man so; denn der andere ist viel zu offen, als daß man es laut dürfte, ein starkes Wort, eines, das nicht wie der Samen eines abgeblühten Löwenzahns zum anderen hin und hinauf flöge, und er berstete in tausend. So müssen wir also leise sprechen in der uns eigenen Sprache und sanft sein. Bei Leib und Wein:

Ich stand, stand im Freien, sprach Farben, und du beschworst die Welt, sie war ein Kind in unseren Armen; ein Wind wie das Zittern in der Stun de der Niederkunft kam, ein schöner Wind, und wir gaben ihm einen Gruß mit für die, welche wir nicht sehen. Wir waren nun an den unteren Rand aller Wörter gedrängt, im sicheren Schutz vor aller Exegese, und so untergruben wir den Turm zu Babel mit der Zunge. Ins Rosa der Haut verborgen gaben wir unsere Namen preis, und die waren, waren ein grün und ein Gesträuch vor der Sonne. Und dann dort draußen vor den Toren, am Gesträuch, im sicheren Schutz legte ich doch deinen Körper aus, deutete ihn, bis er mir Leib war. Ich legte Wort um Wort auf ihn, in das Schwarz deiner Achselhöhle, das schreckliche Loch deiner Geburt, den tollkühnen Schwung deiner Brüste und die kleine Nacht zwischen deinen Schenkeln. Ich trug sie alle wieder ab. Keines schien, schien Anwesenheit zu sein (und du west mich doch so an!). Kein Wort blieb. Ich verstand ihn nicht, deinen Leib. Verstand nicht, wie soviel kleines bakterielles, zelluläres Leben, ohne das du nicht wärst, wuchern konnte in deinem großen Leben. Verstand nicht, wie du mit deinem Mund und all dem anderen offen sein konntest für mich, wie dein Atem von mir etwas abtrug und in dich trug, wie sich bei einem Kuss all das Ungeklärte mischen konnte, was du und ich sind. Wie soll ich sagen können, ohne zu denken, daß dabei meine Stimme in dir ist, mein Ruch und bald Leben, das ich hinausschoß in jenem Moment der ekstatischen Feier unserer Leiber. Und indem ich das alles nicht verstand-Sage mir niemand etwas anderes!-war ich verstehend. Bei Leib und Wein:

Du, du warst offen vor mir.

II

Die Beschwörung deiner Anwesenheit! Denn jetzt bist du hinfort und weg. Und das ist das Wahnsinnige: etwas, das nicht da, eine Abwesenheit, ist für mich jetzt und hier und überall anwesend. Ich wünsche mich wieder zum Fischmarkt von Nizza, zum Sommerwind. Du weißt es nicht, wie der Fisch, der dort ausgelegt war auf Eis und unter bunten Sonnenschirmen, roch, tiefseeig frei und gut. Und dann schon das Meer hinter mir, durch das Tor der ehemaligen Stadtmauer mit der Kühle seines Schattens, die Straße noch und Balustrade und sofort Sand und Sand zwischen den Fußzehen, kribblig, heiß. Und das Meer. Das Meer, die Sonne zweimal, anzusehen nur wie sie im heißen Öl der See uns Gegenwart aufzwingt.

### Interview

# Das Attentat von Johann Georg Elser auf Adolf Hitler

Am 8. November 1939 war es Johann Georg Elser, einem Schreiner aus dem schwäbischen Königsbronn, gelungen, nach akribischer Planung und mehrmonatiger Vorbereitung, eine Bombe in der Säule des Münchner Bürgerbräukellers zu verstecken, vor der Hitler seit 1933 alljährlich eine Rede hielt. Die Bombe explodierte zwar auf die Sekunde genau und legte den Bürgerbräukeller in Schutt und Asche, Hitler aber war, entgegen

seiner Gepflogenheit, bereits nach Berlin abgereist und überlebte deshalb den Anschlag. Der 8. November, Jahrestag des Hitlerputsches von 1923, war der einzige Termin zu dem es sicher war, an welchem Ort Hitler sich aufhielt. Seit 1933 verbrachte er diesen Tag im Kreise der "Alten Kämpfer", den Teilnehmern des Putsches. In der Nazi-Ideologie wurde das Scheitern des Putsches als "Zeichen der Vorsehung" für den

künftigen Aufstieg der NSDAP gewertet.

Anläßlich des sechzigsten Jahrestages des Elser-Attentates entzündete sich eine Kontroverse um die Frage, ob Elsers Tat "moralisch gerechtfertigt" sei. Auslöser war ein Aufsatz von Lothar Fritze, einem Mitarbeiter des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung (HAIT), der zum Jahrestag in der Frankfurter Rundschau erschien und eine überarbeitete Version der Antrittsvorlesung Fritzes an der TU Chemnitz darstellte. Fritze versuchte darin aus universalmoralischer Perspektive nachzuweisen, daß Elsers Attentat unmoralisch gewesen sei, ihm die "politische Beurteilungskompetenz" fehlte.



Der Anschlag kostete acht Menschen, "einer Kellnerin und sieben Nazis" (Rolf Hochhuth), das Leben. Fritze wirft Elser vor, in "mitleid- und gedankenloser Weise" die Tat ausgeführt, sich nicht genügend Gedanken um weitere Opfer gemacht zu haben. Außerdem wird ihm angelastet, daß er sich nicht am Tatort befand (sondern schon auf der Flucht in die Schweiz) und deshalb das Geschehen nicht mehr unterbrechen konnte. Fazit Frit-

zes: "Nach Abwägung der wesentlichen Gesichtspunkte bleibt nur das Urteil übrig, dass es sich bei dem Anschlag von Elser um eine Tat gehandelt hat, deren Ausführungsweise moralisch nicht zu rechtfertigen ist." So wird der Widerstand im Nachhinein diskreditiert, das nationalsozialistische Regime zur

"Allerweltsdiktatur" umgebogen.

Der Mensch Elser hätte also sich selbst opfern – oder zum Mitläufer werden müssen. Elsers Flucht scheiterte, schon vor der Explosion wurde er an der Schweizer Grenze verhaftet. In den Folgejahren wurde er, für einen Schauprozess nach dem "Endsieg" vorgesehen, in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau eingekerkert. Kurz vor Ende des Krieges, am 9. April 1945, wurde er erschossen.

Im letzten Jahr erschien eine Biographie über Elser, in der dieser in seinen Beweggründen und Gedanken, als verantwortungsbewußter Mensch dargestellt wird. Nachfolgend dokumentieren wir ein Interview mit dem Autoren Hellmut G. Haasis.

#### Wider die Mitläuferei

Interview mit Hellmut G. Haasis, 21.3.2000

Wie wurde das Attentat von Elser bisher öffentlich wahrgenommen? Gab es Unterschiede zwischen der BRD und der DDR?

Am Anfang war der Unterschied nicht so groß. In der DDR hat man Elser lieber gleich weggelassen. Durch Aussagen von kommunistischen Häftlingen glaubte man zu wissen, daß Elser in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau bevorzugt gewesen sei. Elser sei ein SS-Mann gewesen, der im Auftrag Hitlers das Attentat durchgeführt habe. Außerdem fiel das Attentat ja in die Zeit des Hitler-Stalin-Paktes, was einer Todsünde gegen den Geist der kommunistischen Partei gleichkam. Elser existierte im Geschichtsbild der DDR einfach nicht.

In der BRD war die Rezeption von Elser anfangs genauso versperrt, weil Pastor Niemöller als angesehener Widerstandskämpfer aus Sachsenhausen und Dachau von Anfang an und unnachsichtig wiederholte, Elser habe ihm gestanden, SS-Mann zu sein. Niemöller behauptete nun, das Attentat sei im Auftrag Hitlers geschehen, was dann endlos viele Zeitungen Ende der 40er und in den 50er Jahren nachschrieben. Diesem Unsinn folgte auch der Historiker Hans Rothfels 1949 in seinem Buch über Die deutsche Opposition gegen Hitler. Er hielt Elsers Attentat ausdrücklich aus sprengtechnischen Gründen für unglaubwürdig. Es sei wohl im Auftrag Hitlers geschehen, um seine Unverwundbarkeit zu zeigen und die Deutschen für den Krieg gegen England aufzuhetzen. Erst sehr spät, eigentlich erst ab Mitte der 80er Jahre, veränderte sich die Wahrnehmung in der BRD. Und erst Mitte der 90er Jahre ist durch eine Ausstellung in der "heiligen" Gedenkstätte des deutschen Widerstands in Berlin der Bann gegen Elser gebrochen worden. Damals hat sich auch Helmut Kohl öffentlich hinter Elser gestellt. Jetzt zum 60. Jahrestag des Attentats ist Elser allgemein als Widerstandskämpfer anerkannt, mit der Ausnahme des Dresdner Politologen und Moralphilosophen Lothar Fritze, der glaubt, Elser habe unmoralisch gehandelt, weil er mit dem Anschlag acht Todesopfer verschuldete.

Was halten Sie von Fritzes universalmoralischer Argumentation?

Daß Fritze eine andere Meinung vertritt als ich, ist nicht das Problem. Ich habe zuerst einen handwerklichen Vorwurf an Fritze, der einfach stinkfaul war. Fritze hat sich nicht um die verfügbaren Quellen gekümmert. An Literatur benützte er nur einen Aufsatz von Anton Hoch aus dem Jahre 1969. In diesem Aufsatz wurde erstmals aufgrund vieler Zeugnisse und Dokumente Elsers Alleintäterschaft nachgewiesen. Von diesem Aufsatz hat Fritze bloß die wenigen Stellen herangezogen, die die Biographie und Persönlichkeit Elsers verfehlen. Hoch behauptete zum Beispiel, Elser hätte nichts gelesen, er wäre isoliert gewesen, ein Sonderling, der nicht genügend informiert gewesen wäre, eben ein einfacher Mensch, der keine politische Bildung besaß. Das ist dummes Zeug, wie in meiner Biographie ausführlich nachzulesen ist. Außerdem spielen diese Fehler in dem Aufsatz von Hoch eine nebensächliche Rolle, aber Fritze hat sich gierig gerade darauf gestürzt.

Am schlimmsten sind die Konsequenzen, die Fritzes Argumentation hat. Fritze wendet für den Extremfall eines Attentats im "Dritten Reich" moralphilosophische Kategorien an, die so niemand auf der Welt nachvollziehen kann. Der Aufsatz, Fritzes Antrittsvorlesung in Chemnitz, ist zudem so schlecht geschrieben, daß man nur mit Mühe versteht, was er sagen will. Ausdrücklich hat Fritze betont, ein solches Attentat dürfe man nur dann durchführen, wenn diejenigen, die mitgefährdet sein könnten, zumindest hinterher dieses Attentat akzeptieren könnten. Elser hätte sich, nachdem Hitler den Bürgerbräukeller vorzeitig verlassen hatte, todesmutig hineinstürzen und die anwesenden Nazis vor der bevorstehenden Explosion warnen sollen. Hier zeigt sich, daß Fritze keine Ahnung von den tatsächlichen Gegebenheiten hat. Der Saal war durch dreifache schwer bewachte Sperren für jeden unzugänglich, der nicht zu den "Alten Kämpfern" gehörte. Fritzes Moralphilosophie ist weltfremd und versteht nichts von den Zuständen im "Dritten Reich".

Nicht umsonst ist Fritze auf diese absurde Argumentation gekommen. Nach 1990 hat er Arbeiten geschrieben, in denen er behauptete, auch in der DDR hätte man nichts gegen das Regime machen dürfen, weil dies zu gefährlich gewesen wäre. Ausdrücklich hat er die DDR-Dissidenten als moralisch nicht qualifiziert abgeurteilt. Schon damals fing Fritze an, seine "Wissenschaft" in den Dienst der Verteidigung des normalen Mitläufers zu stellen. Jetzt hat er seine Argumentation auf das braune Regime ausgedehnt, auch gegen Hitler durfte man eigentlich keinen Widerstand leisten.

Welche Konsequenzen hätte Fritzes Moralphilosophie für die Bewertung des gesamten deutschen Widerstandes?

Wenn man seine Prinzipien anwendet und akzeptiert, daß man den Tyrannen nur ermorden darf, wenn man vorher alle gefragt hat und niemand außer dem Tyrannen zu Schaden kommen darf, dann hat man den "20. Juli" endgültig erledigt. Auch die Sabotage in der Kriegsrüstung wäre moralisch erledigt. Bei Fritze reduziert sich die Möglichkeit des Widerstands im "Dritten Reich" wie auch in der DDR auf das Flugblattverteilen, insofern es nicht zu Verhaftungen der falschen Leute und zu Folterungen führt. Eigentlich erlaubt Fritzes Moralphilosophie Widerstand nur im Schweigen, im Gebet, vielleicht noch in der Führung eines Tagebuchs. Damit ist endgültig jede Möglichkeit des Widerstands in einem diktatorischen Regime beseitigt. Fritze liefert die "wissenschaftliche" Rechtfertigung für die Mitläufer aller Regime. Dies wird seinen Karriereaussichten sicher nicht schaden.

Wie bewerten Sie die Vorgänge im Dresdner Hannah-Arendt-Institut?

Wenn sich diese Tendenz fortsetzen sollte, müßte man sich Dresden als ein besonders schwarzes Gebiet vorstellen. Nach 1990 hat es in Dresden gewalttätige Aktionen von Rechtsradikalen gegeben, geschützt von ehemaligen Volkspolizisten, um die Alternativszene (Linke, Buchhandlungen, kleine Treffs usw.) zu zerstören. Dies ist gelungen. Ich halte es für denkbar, daß von Dresden, das politisch sehr weit rechts steht, so etwas wie ein "Dresdener Revisionismus" ausgehen könnte. Unter Biedenkopf könnten Leute vom Schlage Fritzes Lehrstühle erhalten und dann eine politische Wissenschaft der äußersten Rechten etablieren.

Im übrigen ist symptomatisch, daß Elser bei der ganzen Auseinandersetzung um Fritzes Antrittsvorlesung überhaupt keine Rolle spielte. Elser und die Erkenntnisse, die wir aus seinem Handeln ziehen könnten, müssen erst noch entdeckt werden.

Welche Stellung nimmt Elser im deutschen Widerstand ein?

Bis jetzt ist er noch lange nicht allgemein bekannt. Die meisten, mit denen ich über Elser rede, können mit dem Namen wenig oder nichts anfangen. Es hat aber auch lange gebraucht, bis der Kreis um Stauffenberg anerkannt war. Ich denke, Elsers Name wird eines Tages für die einzigartige Möglichkeit stehen, mit großer technischer Fähigkeit, absoluter Verschwiegenheit und dem Verstecken hinter der Normalität Widerstand in einem diktatorischen Regime zu leisten. Dies wird nie sehr vielen Menschen möglich sein, aber es bleibt eine große Chance für den Widerstand. Elser wird vielleicht noch in den nächsten zehn Jahren eine Randgestalt bleiben.

Die Fragen stellte Andreas Klärner

Rechtzeitig zum sechzigsten Jahrestag des Hitler-Attentats sind zwei Biographien über Johann Georg Elser von unterschiedlicher Qualität erschienen.

Helmut Ortners Biographie Der Attentäter. Georg Elser – der Mann der Hitler töten wollte ist eine leicht überarbeitete und erweiterte Neuauflage der Ausgabe von 1989. Ortner kombiniert in seiner Darstellung romanhaft-erzählerische Passagen mit langen Zitaten aus den verfügbaren Quellen und Dokumenten. Problematisch an Ortners Darstellung ist, daß dem Leser in den erzählerischen Passagen der Mensch Elser und seine Motive kaum näher gebracht werden. Wenn Ortner über die Motive allerdings spekuliert, ist die Darstellung äußerst zweifelhaft. Ortner ist - bei aller Sympathie, die er für Elser hegt - nahe daran, Elsers Anschlag als die Tat eines verzweifelten, isolierten "Sonderlings" darzustellen. Fragwürdig an Ortners Konzeption ist die kommentarlose Übernahme der Quellentexte. Berichte aus dem Völkischen Beobachter, die Gestapo-Verhörprotokolle Elsers und so manche Zeitzeugenaussage bedürfen der Interpretation und Deutung.

Diese Aufgabe hat Hellmut G. Haasis in seiner vorzüglichen Biographie Elsers übernommen. Sie ist erstmals 1999 unter dem Titel "Den Hitler jag' ich in die Luft" – Der Attentäter Georg Elser erschienen. Haasis zeichnet darin anhand neuer und aller bisher verfügbaren Quellen das Bild eines freiheitsliebenden, selbstbewußten und widerständischen Menschen, dem sich die Ermordung von Hitler und der obersten Führung als letzte und einzige Chance darstellte, um Millionen von Menschenleben zu retten. (KT)

Helmut Ortner: Der Attentäter. Georg Elser – der Mann,der Hitler töten wollte. Klöpfer & Meyer, 1999, ISBN 3-931402-50-9. DM 39,80.

Hellmut G. Haasis: "Den Hitler jag' ich in die Luft" – Der Attentäter Georg Elser. Rowohlt/Berlin Verlag, 1999. ISBN 3-87134-371-4. DM 39,80.

## Rezensionen

#### Hochschulreform und Hochschulrevolte

Unter diesem Titel ist soeben die Dissertation von Andreas Keller – für viele hochschulpolitisch Interessierte sicherlich kein Unbekannter – im Marburger BdWi-Verlag (Verlag des Bundes der demokratischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler) erschienen. Der Untertitel umreißt genauer, worum es geht: "Selbstverwaltung und Mitbestimmung in der Ordinarienuniversität, der Gruppenhochschule und in der Hochschule des 21. Jahrhunderts".

In drei umfangreichen Kapiteln (à rund 150 Seiten) beschreibt Andreas Keller jeweils das Verhältnis von Staat, Hochschule und Gesellschaft, das Verständnis und die Ausformung der Hochschulselbstverwaltung, die Rolle studentischer Vertretungen sowie die politischen Strategien studentischer Strömungen und Organisationen. Den mit Abstand umfangreichsten Zeitraum - im Prinzip alles vor 1968, behandelt das erste Kapitel, jedoch fällt die Darstellung der Universitätsgeschichte des 13. bis 19. Jahrhunderts zugunsten ausführlicher Literaturverweise erfreulich kurz aus. Den Schwerpunkt bildet zum einen die Herausbildung der Verfaßten Studentenschaft (VS) als Institution seit 1919 (die nicht als Teil der selbstverwalteten Hochschule verstanden wurde, sondern dieser gegenüberstand und allenfalls in einigen Fällen einzelne - meist beratende - Vertreter-Innen entsenden durfte), vor allem aber die studentische Politik der Nachkriegszeit, die anhand der Geschichte des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) dargestellt wird. Letzteres erscheint insofern gerechtfertigt, als der SDs zum einen eine tragende Rolle in der 68er-Bewegung spielte, zum andern mit seiner Denkschrift von 1961 einen wesentlichen Anstoß für die Konzeption der Gruppenhochschule gab.

Die Ära der Gruppenhochschule bildet den Gegenstand des zweiten Kapitels. Andreas Keller, der selbst jahrelang in verschiedenen Hochschulgremien, in der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), dem BdWi und bei den Grünen aktiv war und in zahlreichen Diskussionen und Stellungnahmen für die Demokratisierung der Hochschulen eingetreten ist, unterscheidet hier klar zwischen der Idee der Gruppenhochschule in gesellschaftlicher Verantwortung, wie sie in den 60er Jahren formuliert wurde, und dem, was unter diesem Namen vor allem nach dem

Verfassungsgerichtsurteil von 1973 umgesetzt wurde. Er zieht die "ernüchternde Bilanz" bescheidener Fortschritte bei der Mitbestimmung der nicht professoralen Gruppen und eines Verlustes von Hochschulautonomie gegenüber dem Staat, und spricht konsequenterweise von der "staatlich regulierten und professoren-dominierten Gruppenhochschule des Hochschulrahmengesetzes". Ein detaillierter Überblick über den Status Quo dieser real existierenden Gruppenhochschule in den einzelnen Ländern nach dem Gesetzesstand von Ende 1996 untermauert diese Sicht.

Unter der Überschrift "Die Verfaßte Studentenschaft als Institution studentischer Selbstverwaltung in der Gruppenhochschule" behandelt Andreas Keller zwei Themenkomplexe, die nicht nur von einigem zeitgeschichtlichen Interesse sind, sondern vor allem auch die heutige Arbeit in den Studierendenvertretungen beeinflussen: Zum einen ist dies die Frage nach der Existenzberechtigung der VS in der Gruppenhochschule (die ja gerade als Zusammenführung von Ordinarienuniversität, Studentenschaft und Mittelbau konzipiert war). Solange die Verwirklichung einer demokratischen Gruppenhochschule bevorzustehen schien, wurde insbesondere von linken Kräften die Auflösung der Verfaßten Studierendenschaften gefordert; spätestens nach dem 73er-Urteil erkannten diese jedoch, daß die studentischen Mitwirkungsmöglichkeiten in der Gruppenhochschule so bald keinen Ersatz für die VS bieten würden, und ließen diese Forderung fallen, die dann nur noch von RCDS (Ring Christlich Demokratischer Studenten) und unionsregierten Ländern erhoben wurde - mit einigem Erfolg, wie die Kann-Bestimmung über die Einrichtung von Verfaßten Studierendenschaften im HRG (Hochschulrahmengesetz) seit 1976 zeigt. Zum anderen findet hier die Darstellung und Analyse der Auseinandersetzung um das politische Mandat einen systematischen Ort.

en größten Unterabschnitt dieses Kapitels bildet jedoch eine Darstellung der Entwicklung des politischen Spektrums studentischer Gruppen und Strömungen ausgehend von der Spaltung des SDS 1968 in einen marxistisch-traditionalistischen und einen antiautoritären Flügel. Die Schilderung des MSB Spartakus bildet hier zwar den Aufhänger, jedoch werden auch die anderen Verbände, die sich der "gewerkschaftlichen Orientierung" verschrieben hatten, sowie die antiautoritären und basisorientierten Strömungen der 70er und 80er Jahre beleuchtet.

Das dritte Kapitel handelt von der Umstrukturierung des Hochschulwesens seit Anfang der 90er Jahre; den Hochschultypus, der sich hier herausbildet, könnte man mit Torsten Bultmann als "standortgerechte Dienstleistungshochschule" bezeichnen.

30 ZOON POLITIKON

Naturgemäß hat dieses Kapitel nur in einigen Abschnitten den Charakter eines historischen Rück- und Überblickes und ist ansonsten den Konzepten und Planungen verschiedener politischer AkteurInnen und den dahinterstehenden Paradigmen sowie den Kontroversen darum gewidmet.

ier bezieht Andreas Keller am deutlichsten selbst Position, indem er der Schilderung der derzeit herrschenden Hochschulpolitik immer wieder demokratische und emanzipatorische Perspektiven gegenüberstellt. Viele der dort auftauchenden Stichworte wie pluralistische Kuratorien oder integrierte Wahl sind zwar aus anderen Quellen - gerade auch Texten von Andreas Keller selbst - bekannt, werden aber hier in einen umfassenderen Argumentationszusammenhang gestellt und auf die gegenwärtige Diskussion sowie auf ältere Quellen bezogen. Hier wird auch die Diskussion über das politische Mandat – anläßlich der seit Mitte der 90er Jahre angerollten Klagewelle, die auch Andreas Keller als Begleiterscheinung und Voraussetzung der neoliberalen Umstrukturierung der Hochschulen wertet - wiederaufgenommen; anknüpfend an die Argumentation von Denninger 1996 weist er einer politisch aktiven StudentInnenschaft eine Schlüsselrolle bei der Erfüllung wesentlicher Aufgaben der Hochschulen, nämlich der Selbstreflexion und der Rückbindung an die demokratische Gesellschaft, zu.

Der Abschnitt über die studentischen Gruppierungen fällt hier eher kurz aus; anders als in den beiden ersten Kapiteln wird hier nicht eine Strömung exemplarisch untersucht (insbesondere weil es keine Gruppierung gibt, in der sich der "studentische Zeitgeist" so bündeln würde, wie dies in den 60er und 70er Jahren für SDS bzw. MSB der Fall gewesen sein mag); vielmehr zeichnet Andreas Keller anhand verschiedener Studien der letzten Jahre ein Bild der politischen Einstellungen unter Studierenden und untersucht verschiedene politische Ansätze anhand der wechselvollen Geschichte der bundesweiten und überregionalen Verbände und Zusammenschlüsse sowie eines Vergleichs der Streiks von 1988/89 und 1997/98.

In einem Schlußkapitel stellt Andreas Keller noch einmal Unterschiede in den Bedingungen für emanzipatorische studentische Politik in den verschiedenen Epochen heraus; er macht deutlich, daß auch er keine Patentrezepte für künftige Strategien auf Lager hat, sondern fordert dazu auf, diese erst noch – passend zu den derzeitigen Problemlagen und Möglichkeiten unter Nutzung von Elementen früherer Strategien – zu entwickeln.

Alles in allem bietet das Buch eine recht umfassende Darstellung der politischen Entwicklungen und Kontroversen um Hochschule und StudentInnenschaft. Zwar kann auch hier nicht "alles" stehen, doch

dürften zahlreiche Fußnoten und ein umfangreiches Literaturverzeichnis gute Ansatzpunkte für eigene Recherchen bieten. Die Darstellung ist weitestgehend allgemeinverständlich gehalten; nur in einigen wenigen Passagen tauchen Fachbegriffe auf, die sich der/dem Nicht-PolitikwissenschaftlerIn nicht ohne weiteres erschließen.

Meiner Meinung nach sollte der Band in keinem Regal einer Fachschaft, die hochschulpolitisch aktiv sein oder werden will, fehlen; aber auch aktive und/oder interessierte Gruppen oder Einzelpersonen sollten weder den Preis von 39,80 DM, noch den Umfang von 560 Seiten scheuen. Ich kann mir jedenfalls nur wünschen, es hätte ein solches Buch zu Beginn meiner hochschulpolitischen Arbeit 1993 schon gegeben.

Andreas Keller: Hochschulreform und Hochschulrevolte. Selbstverwaltung und Mitbestimmung in der Ordinarienuniversität, in der Gruppenhochschule und in der Hochschule des 21. Jahrhunderts. BdWi-Verlag, Marburg 2000, 560 S., DM 39,80.

#### Von der Goldhagen-Debatte zum Jugoslawienkrieg

or vier Jahren erschien das Buch "Hitlers willige Vollstrecker. Ganz normale Deutsche und der Holocaust" von Daniel J. Goldhagen. Goldhagens Buch wurde von der deutschen Historikerzunft mit schwachen Argumenten, unzutreffenden Kritikpunkten und mit teilweise verleumderischen Methoden verdammt. Eine inhaltliche Auseinandersetzung, welche Schwachpunkte aber auch mögliche Anknüpfungspunkte von Goldhagens Werk diskutiert, hat bisher kaum stattgefunden. In den deutschen Feuilletons, vor allem in der Anti-Goldhagen-Kampagne von Rudolf Augsteins Spiegel, wurde versucht, Goldhagen als Person moralisch zu delegitimieren.

Der von Jürgen Elsässer und Andrei S. Markovits herausgegebene Band "Die Fratze der eigenen Geschichte" ist die erweiterte Dokumentation einer Tagung der Heinrich-Böll-Stifung im Mai 1999. In 13 Beiträgen, darunter mehrere von Goldhagen, wird der Versuch unternommen, Goldhagens Buch inhaltlich zu diskutieren und ausgehend von den abwehrenden und vernichtenden Reaktionen in Deutschland eine Brücke zu den aktuellen Bestrebungen einer Entsorgung der deutschen Vergangenheit – wie sie sich im

Walser-Bubis-Streit und im Jugoslawienkrieg manife-

stierten - zu schlagen.

Wolfgang Wippermann, einer der wenigen prominenten deutschen Historiker, die sich mit Goldhagens Herausforderung inhaltlich auseinandergesetzt haben, trägt in seinem Eröffnungsbeitrag noch einmal die größtenteils haltlose, teilweise peinlichgroteske "Kritik" der Hüter der deutschen Geschichtswissenschaft an Goldhagens Buch zusammen. Wippermann stellt die These auf, daß die Angriffe vornehmlich politisch motiviert waren. Eine These, die Lars Rensmann in seinem Beitrag zur "Walserisierung der Berliner Republik" näher ausführt. Rensmann zufolge stellt Goldhagens Studie einen "geschichtspolitischen Rückschlag beim Projekt der Entlastung (von) der Vergangenheit" dar, weil darin der "quer durch die Generationen beharrliche Mythos der Deutschen als allzu menschliche Opfer von NS-Elite und Diktatur, unter denen nur eine verschwindend kleine Minderheit von antisemitischen Motiven bestimmt und am Holocaust beteiligt gewesen sei, nachhaltig erschüttert [wurde]". Diese These wird auch von Birgit Rommelspacher, deren Beitrag zu den lesenswertesten des Bandes zählt, gestützt. Rensmann geht in diesem Zusammenhang auch auf den größten Fehler Goldhagens ein. In mehreren Interviews und Beiträgen, unter anderem auch in dem besprochenen Band, stellte Goldhagen der Bundesrepublik Deutschland und den Nachkommen der Täter eine Blanko-Unbedenklichkeitserklärung aus. Deutschland habe sich nach dem Zweiten Weltkrieg radikal gewandelt und sei heute ein Modell für eine funktionierende Demokratie. Goldhagen vernachlässigt damit all die geschichts-politischen Debatten, die dazu geführt haben, daß Gerhard Schröder und Joseph Fischer während des Jugoslawienkriegs behaupten konnten, die deutsche Schuld würde mit dem deutschen Kriegseinsatz auf dem Balkan weggebombt. Außerdem vergißt er, daß die Schändung jüdischer Friedhöfe und brutale Angriffe auf alle, die von der wiedervereinigten Volksgemeinschaft als fremd empfunden werden, zur heutigen deutschen Normalität gehören. Goldhagen nimmt auch nicht wahr, daß fremdenfeindliche Ressentiments nicht nur von Neo-Nazi-Parteien geschürt werden, sondern auch von der CDU/Csu in ihrer Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und der völkisch-nationalistisch motivierten "Kinder-statt-Inder"-Kampagne von Jürgen Rüttgers sowie von der SPD in der Ausländerabwehrpolitik ihres Innenministers Otto Schily. Ob Goldhagen durch die scharfe, zum Teil antisemitisch motivierte Kritik eingeschüchtert wurde, oder ob er von den Verhältnissen im heutigen Deutschland einfach nichts versteht, sei dahingestellt. Die positive Rezeption der heutigen deutschen Verhältnisse wird Goldhagen zu Recht in fast allen Beiträgen des Bandes angekreidet.

Neben der inhaltlichen Kritik bleibt als Verdienst des Buchs die Verortung der Diskussion über Goldhagen in die politischen "Bewältigungsdebatten" des heutigen Deutschland. (KT)

Jürgen Elsässer, Andrei S. Markovits: "Die Fratze der eigenen Geschichte". Von der Goldhagen-Debatte zum Jugoslawienkrieg. Elefanten Press, 1999. ISBN 3-88520-756-7, DM 29,90.

#### Die Entstehung der faschistischen Ideologie

eev Sternhell macht in seiner Studie "Die Entstehung der faschistischen Ideologie" die Wurzeln des Faschismus "in der radikalen Linken am Beginn des 20. Jahrhunderts aus". Er "zeigt den gemeinsamen theoretischen Kern der später feindlichen Brüder". So verrät es uns der Klappentext des Buchs und macht uns mißtrauisch, denn der Autor (in Zusammenarbeit mit Maia Asheri und Mario Sznajder) war uns bislang nicht als Verfechter der Totalitarismustheorie bekannt. Sternhell ist emeritierter Professor an der Hebräischen Universität Jerusalem und Experte der politischen Ideengeschichte, ausgewiesen durch zahlreiche Publikationen zur nationalistischen und faschistischen Ideologie in Frankreich und Italien.

Das besprochene Buch ist die im letzten Jahr erschienene deutsche Übersetzung der französischen Originalausgabe ("Naissance de l'idéologie fasciste") von 1989, herausgegeben von der Hamburger Edition, dem Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung; wohl daraus ist die o.g. Irreführung zu verstehen.

Mitnichten will Sternhell links und rechts auf einen Nenner bringen, vielmehr zeigt er den Weg, den viele Linke bis zur äußersten Rechten gingen.

Detailreich wird der sogenannte "revolutionäre Syndikalismus" beschrieben, dessen Protagonisten sich vor allem Georges Sorels Ideen annahmen. Dieser verwarf die Marx'sche Ökonomie, blieb aber seinen revolutionären Gedanken treu. An die Stelle der materialistischen Gesellschaftskritik trat als Universallösung gegen das "verfallende System" der soziale Mythos vom Generalstreik. Auf Marx wurde sich nicht mehr als Ökonom berufen, sondern nur noch als Soziologe des Klassenkampfes, lediglich die aktivistischen Teile seiner Lehre fanden noch Anwendung. In einem zweiten Schritt entstand aus dieser

Revision und Teilen verschiedener biologistischer, nationalistischer und kulturell-avantgardistischer (Futurismus) Strömungen eine Synthese, welche den Faschismus als eigenständige

Bewegung hervorbrachte:

"Als Idealtypus einer Umbruchsideologie ist der Faschismus nicht nur negativ zu definieren ... Die faschistische Ideologie, wie sie um die Jahrhundertwende entstand und in den zwanziger und dreißiger Jahren fortentwickelt wurde, ist das Produkt der Verschmelzung des organischen Nationalismus mit der antimaterialistischen Marxismusrevision, sie drückt einen revolutionären Willen aus, der sich auf die Ablehnung des Individualismus liberaler wie marxistischer Prägung gründet, und sie verkündet die Prinzipien einer neuen, eigenständigen politischen Kultur."

Treibendes Moment für diese Entwicklung war zumeist ein extremer Antiliberalismus; gepaart mit dem Glauben an die Nation als revolutionäre Kraft entstand die Vorstellung eines nationalen Sozialismus, v.a. durch Maurice Barrès, der darin den Weg sah, die sozialen Differenzen auszugleichen und ein organisches Gan-

zes zu schaffen.

Nicht der Faschismus an der Macht, als politische Praxis ist Thema des Buchs, sondern seine Wurzeln, die Entstehung der Ideologie. Und das der Nationalsozialismus nicht ohne weiteres unter dem Begriff Faschismus mitgedacht werden kann, wird schon am Anfang klargestellt, denn sie "unterscheiden sich in einer fundamentalen Frage: Die Grundlage des deutschen Nationalsozialismus war der biologische Determinismus, der Rassismus in seiner extremsten Ausprägung, und die Vernichtung der Juden." (me)

Zeev Sternhell/Mario Sznajder/ Maia-Asheri: Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini. Hamburger Edition: Hamburg 1999, 410 S. ISBN 3-930908-53-0, 68 DM

# Castor auf grün

Seit dem Transportstopp, ausgesprochen von Angela Merkel im Mai 1998, ist kein Castor mit Atommüll mehr in Zwischenlager oder die Wiederaufarbeitung gerollt. Der Widerstand scheint sich analog zur Ruhe begeben zu haben, befindet sich wohl abwechselnd in Winterschlaf und Sommerpause. Währenddessen laufen die Atomkraftwerke weiter und produzieren Atommüll wie bisher. Allerdings waren jetzt drei Akws in eine Art Entsorgungsnotstand geraten, weil in ihren Abklingbecken der Lagerplatz für verbrauchte, abgebrannte Brennelemente (BE) fehlte und sie so keine frischen BE in den Reaktor einbringen konnten. Abgebrannte, im Reaktor nicht mehr verwendbare BE müssen über mehrere Jahre ihre Wärmestrahlung abbauen, bevor sie in einen Transportbehälter geladen werden kön-

as offene Tor in den schnellen Ausstieg durch nicht gewährleistete Entsorgung haben nun die Grünen als Mitregierungspartei geschlossen, indem sie den Energieriesen Rwe und EnBW mit Genehmigungen für Castortransporte aus Biblis und Neckarwestheim aus der Bedrängnis geholfen haben. So können die Behälter schon beladen und auf dem Kraftwerksgelände abgestellt werden. Im niedersächsischen Akw Stade ist ein Zusatzgestell im Abklingbecken genehmigt worden, mit dem der Betreiber vorerst aus dem gleichen Notstand entflieht. Die Atomindustrie wird so von der ehemaligen Anti-Atom-Partei über die nächsten Jahre gerettet.

Von der SPD hatte niemand erwartet, daß sie ihren 1986, wohl unter dem Eindruck der Katastrophe in Tschernobyl, gefaßten Beschluß für den Ausstieg aus der Atomenergie mit den Jahren und angesichts des wirtschaftlichen Drucks von seiten der Energieversorger wirklich umsetzen würde, wenn sie an die Regierung gewählt wird. Daß jedoch auch Bündnis 90/die Grünen, seit sie an der Macht beteiligt zu sein scheinen, ihre Bescheidenheit neu entdecken und nicht nur die Atomkraftwerke bis zum Auslaufen ihrer Wirtschaftlichkeit, die Atommanager bis zu ihrem Ruhestand weiterarbeiten lassen wollen, sondern sogar den Neubau von Akws mit Bundesbürgschaften absichern (wie jetzt für ein Akw in China geschehen), hätte noch vor zwei Jahren niemand vermutet. Sie werfen den Ausstieg aus der Atomkraft und damit eine der Grundlagen ihres Entstehens über Bord

#### Kommt der Castor oder kommt er nicht?

und zeigen ihrer Basis den Stinkefinger. Doch scheint das nur wenige Beteiligte zu stören. Haben die Grünen ihre Rolle als innergesellschaftliche Friedensstiftung erfolgreich ausgefüllt und (nicht nur) die Anti-Atom-Bewegung eingeschläfert? Es sieht so aus.

Anstatt anläßlich der Transportgenehmigungen in gemeinsames Kriegsgeschrei zu verfallen, hebt sich ein Großteil der Bewegung vom kleinen Rest

durch Schweigen ab. Sind all diese Leute verschreckt worden von der Wende der Grünen, haben sie mit diesen ein einseitiges Stillhalteabkommen getroffen oder warten sie hinterm Ofen auf den nächsten Transport? Wenn es denn einen nächten Transport gibt! Zumindest an den deutschen Akws sieht es so aus, als ob sie ausgestattet werden mit eigenen Zwischenlagern. Genehmigungen für Transportbereitstellungslager werden erteilt, Pläne für Standortzwischenlager entworfen, wenn sie nicht schon in den Schubladen bereitliegen. Fehlt nur noch das Endlager. Aber das hat ja Zeit bis zum nächsten Regierungswechsel.

Da auf diese Weise Atommülltransporte weitestgehend entfallen, müssen sich die Castor-BlockierInnen ein neues Ziel suchen. Möglichkeiten gibt es genug: Castoren fallen weder vom Himmel, noch werden sie auf Akw-Gelände hergestellt. Auch für Brennstäbe muß vorher Uranerz gefördert und verarbeitet werden. Dabei fallen kilometerweise Transportwege an. Genug Möglichkeiten, mit der uralten Weise des Auf-die-Straße- bzw. Schiene-Gehens neue Erfolge feiern zu können.

Die ersten Chancen zum Eingreifen sind schon vorüber. In Neckarwestheim, Philippsburg und Biblis sind vor kurzem Castor-Behälter eingetroffen und werden gerade beladen. An den polizeilichen Schutzmaßnahmen für die Anlieferungen konnte mensch ablesen, daß selbst der Staat mehr Widerstand erwartet hatte: an den Schienenwegen war kein Bahnhof unüberwacht, kein Feldwegübergang unbehütet, Hub-

schrauber beobachteten, Hunde und Pferde wurden eingesetzt, um die Gleise zu schützen. In Neckarwestheim fuhren Wasserwerfer und Räumpanzer dem Straßentransport vom Kohlekraftwerk Walheim (Umladestation von Schiene auf Straße) voraus, standen Reisebusse für den Abtransport von Festgenommenen bereit. Angesichts dieser Übermacht von Beamten und Technik blieb den wenigen Aktiven, die sich

aufrappeln konnten, kaum etwas anderes übrig als die ZuschauerInnen - Rolle am Straßenrand, mal ohne, mal in Handschellen.

Dabei wäre es so nett, die Erwartungen, die in eineN gesetzt werden, auch zu erfüllen. Wer auf den nächsten Atommülltransport nach Gorleben oder Ahaus wartet, wartet vielleicht ewig, wenn weiterhin rotgrüne Politik den Einstieg in den Ausstieg verspricht. Für die Hoffnung auf Beteiligung an parlamentarischer Macht scheinen politische Bewegungen zu erblinden und zu erstarren. Die Wirtschaft ist da flexibler: schon heute setzt kein Unternehmen mehr auf den Ausbau friedlicher Nutzung von Atomkraft in Deutsch-

land. Wenn überhaupt, wird in Ländern investiert, in denen noch billiger produziert werden kann oder wo Interesse an militärischer Nutzung besteht.

Da zeigen sich doch noch die Erfolge der letzten Jahre. Die Atomlobby bröckelt, AtomikerInnen zeigen Zukunftsangst und haben Nachwuchssorgen. Geht es deshalb auch mit dem Widerstand bergab? Fehlen die Feindbilder? Da kann mensch beruhigt auf die Grünen bauen. Sie verhelfen nicht nur der Atomindustrie per Bestandssicherung bis zum wirtschaftlich notwendigen Ruhestand zu einem besinnlichen Lebensabend, machen nicht nur Kriegseinsätze wieder hoffähig, sondern lassen auf neue Fronten hoffen: Grüne Umweltminister setzten gemeinsam mit Grünen Innenministern und Grünen Polizeipräsidenten Castor-Transporte durch. Castoren werden grün gestrichen. Grün ist die Hoffnung. (MW)



# Der Streit um das politische Mandat

Von der Neuauflage des Klassikers Deutsche Rechtsprechung versus Studierendenvertretungen berichtet Friedemann Keller

Das Problem besteht darin, dass es den Studierendenvertretungen nicht gestattet ist, sich zu gesellschaftspolitischen Themen zu äußern. Das Recht der Studierendenvertretungen hört somit an der Grenze des Campus auf. Der Begriff "allgemeinpolitisches Mandat" ist aus verschiedenen Gründen umstritten. Einerseits erweckt die Formulierung den Eindruck, daß eine wie auch immer geartete Mandatierung vorausgegangen ist. Andererseits steckt in diesem Begriff bereits die Trennung zwischen "Hochschulpolitik" und "Allgemeinpolitik". Auf letzteres gehe ich im Verlauf des Textes ein. Um die Hintergründe kurz zu umschreiben, werfen wir einen kleinen Blick in die Geschichte.

In den 50er Jahren war es für die (damals meist konservativen) ASten durchaus üblich, sich zu gesellschaftspolitischen Fragen zu äußern. So riefen verschiedene ASten zum Jahrestag des 17. Juni 1953 (Niederschlagung des ArbeiterInnenaufstandes in der DDR) zu Fackelzügen und Demonstrationen auf, engagagierten sich für KommilitonInnen in Ungarn (die sogenannten Ungarn-Referate) und unterstützten die Forderung nach Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik. Nicht selten wurden sie dafür von verschiedenen PolitikerInnen gelobt.

Als Ende der 60er Jahre die ASten mehr und mehr dazu übergingen, die staatliche Politik kritisch zu begleiten, setzte eine Diskussion ein, die sich bis heute kaum verändert hat. Die Kritik von seiten der Studierendenvertretungen betraf zum Beispiel Themen wie den Vietnam-Krieg, die konfrontative Ostblockpolitik Adenauers ("mit Pankow wird nicht verhandelt"), die von den ASten mitgetragenen Ostermärsche gegen Atomkraftwerke und vieles andere. Die öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzung über solche Themen störte offensichtlich das Bild der bundesdeutschen Demokratie. Auf verschiedene Weise versuchten die konservativen Kräfte wieder Einfluss zu erlangen. Ein Weg der mehrfach beschritten wurde, war die Einflussnahme über die Rektoren. Diese hatten in ihrer Funktion als Rechtsaufsicht der Studierendenvertretungen die Möglichkeit der Intervention. So stellte zum Beispiel der Rektor der FU Berlin für eine Podiumsdiskussion mit einem Journalisten (AStA-Veranstaltung am 08.05.1965 mit dem Journalisten Kuby) wegen dessen Einstellung zur Entspannungspolitik gegenüber der DDR keine Räume zur Verfügung. Ein anderer Weg waren Klagen rechtskonservativer Studierender gegen die ASten, die mehrfach zum Verbot von Veranstaltungen und Publikationen führten. Bei beiden genannten Vorge- 🌓 hensweisen wurde nicht die inhaltliche Auseinandersetzung gesucht, sondern der juristische Weg genutzt, um nicht erwünschten Positionen den Boden zu entziehen. Wie war dies möglich?

Die deutsche Rechtsprechung sieht die Studierendenvertretungen als Teil der mittelbaren Staatsverwaltung an. Dies bringt mit sich, dass die Studierendenvertretungen vor dem Gesetz keine gewählten VertreterInnen der Studierenden sind, sondern die Verwalter der Aufgaben und Gelder der Studierenden. Damit geht die juristische Konstruktion der öffentlich-rechtlichen Zwangskörperschaft einher. Ausgangspunkt der herrschenden Rechtsprechung ist die Charakterisierung der Studierendenschaft als öffentlich-rechtliche Zwangskörperschaft. Die Bildung solcher Zwangsverbände ist nur zur Wahrnehmung "legitimer öffentlicher Aufgaben" möglich. Aus dieser Definition (BVerfG 38,281[299]<sup>2</sup> und BVerfG 59

231 [238]) <sup>3</sup> ergibt sich subjektivrechtlich für die MitgliederInnen dieses Zwangsverbandes ein Unterlassungsanspruch gegen Kompetenz-überschreitungen des Verbandes.

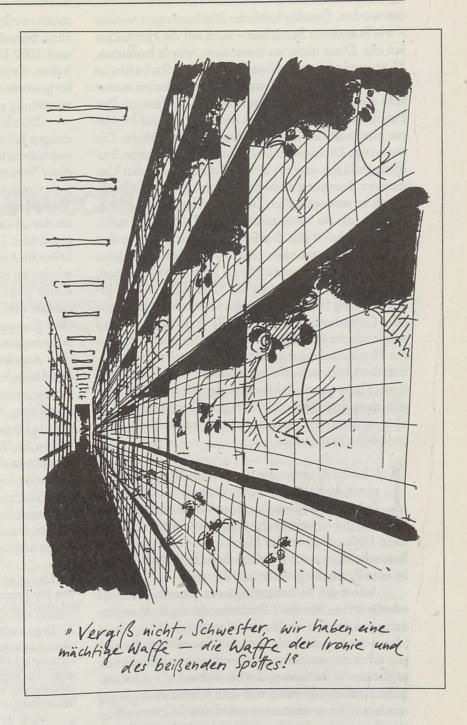
Nochmal in eigenen Worten: Eine Zwangskörperschaft sind wir deshalb, weil wir Studierenden nicht wählen können, ob wir aus der Vereinigung "Studierendenschaft" austreten oder nicht. Der subjektiv-rechtlich mögliche Unterlassungsanspruch der MitgliederInnen bedeutet, daß jede Äußerung des AStA von jedem/R einzelnen Studierenden vertreten werden muß (ansonsten kann er/sie dagegen juristisch vorgehen), denn die Vertretung der Studierenden hat die Aufgaben und Interessen der Gesamtheit der Studierenden wahrzunehmen.

Die Knackpunkte an dieser Konstruktion sind die "Zwangskörperschaft", der "Unterlassungsanspruch" und die "legitimen öffentlichen Aufgaben".

Der Unterlassungsanspruch beruht auf der Zwangskörperschaft. Die Argumentation ist etwa so: Da ich (StudentIn) nicht wählen kann, ob ich aus der Vereinigung Studierendenschaft austreten kann (und somit den AStA-Beitrag nicht zahlen muss), muss ich zwangsläufig alle Äusserungen meiner Vertretung (AStA) mittragen können. Wenn ich das nicht kann (und will), kann ich den AStA juristisch dazu zwingen, diese oben genannten Äußerungen zu unterlassen. Soweit die juristische Logik. Dabei ist interessant

zu bemerken, dass die Wahlen zum StuPa und AStA nach parlamentarischen Richtlinien erfolgen, die Studierendenvertretung somit die Interessen ihrer WählerInnen vertritt und nicht die Interessen aller Studierenden der Hochschule.

Ausserdem besteht die Möglichkeit der juristischen Verhinderung von AStA-Veröffentlichungen nur bei allgemeinpolitischen Äusserungen. Im Fall einer (für einzelne Studis) unliebsamen Position des AStA im hochschulpolitischen Bereich gilt dieses Recht nicht. Damit sind wir bei den gesetzlich festgeschriebenen Aufgaben der verfassten Studierendenschaft. Darüber streiten sich die "Weisen", die RichterInnen fällen je nach individuellem Verständnis un-



terschiedliche Urteile bzw. schiffen mit Formalien um diese Klippe herum, denn die Rechtsprechung ist an diesem Punkt nicht klar. Das ist auch kein Wunder, denn die juristische Trennung zwischen Hochschulpolitik und Allgemeinpolitik ist alles andere als eindeutig. Diese Trennung wird ausgehend von einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1979 immer wieder bemüht, um über die Legitimität von Äußerungen der Studierendenvertretungen zu entscheiden. Diese künstliche Trennung ruft wegen ihrer Unschärfe immer wieder Probleme hervor. Mit dem Verständnis, dass Hochschulen Teil der Gesellschaft sind, kann die Trennung zwischen Hochschulpolitik und Allgemeinpolitik nicht aufrechterhal-

ten werden. Gesellschaftliche Mechanismen wirken - wie in anderen Bereichen - auch auf die Hochschulen ein. Diese nicht zu benennen, würde bedeuten, Hintergründe auszublenden und gesellschaftliche Ursachen vieler Probleme der Hochschulen ausser acht zu lassen. So sind zum Beispiel die finanziellen Probleme der Hochschulen nur zum Teil auf Probleme innerhalb der Hochschulen zurückzuführen. Die derzeitige Diskussion über die Einführung von Studiengebühren mag als Beispiel dienen, um den Unsinn der Trennung zwischen Hochschule und Gesellschaft zu verdeutlichen: Die Finanzierung der Hochschulen, die im Mittelpunkt dieser Diskussion steht, ist im Vergleich mit den Studierendenzahlen in den letzten Jahren gesunken. Als Lösung dieses Problems Studiengebühren einzuführen scheint naheliegend, beinhaltet aber auch, dass der Staat sich aus der Verantwortung für die Bildung zurückzieht, sich von dem Grundsatz Bildung für alle verabschiedet und somit wieder eine Elitenbildung ermöglicht, bei der der Hochschulzugang nicht mehr von der Qualifikation der Menschen abhängt, sondern von ihrem Geldbeutel bzw. dem Geldbeutel der Eltern. Die Ausgrenzung finanziell schlechter gestellter Menschen ist aber im Sinne der Gerichte keine explizit hochschulpolitische Frage mehr. 5

ch hoffe, hiermit die juristische Grauzone umrissen zu haben. Die Hochschule als kritischen Teil der Gesellschaft anzusehen, bedeutet, allen Themen der Gesellschaft einen Platz in der öffentlichen Diskussion an der Hochschule einzuräumen. Kritische Positionen per Gerichtsurteil zu untersagen

ist eine Form der politischen Zensur.

Selbst die Verbesserungen an einzelnen Hochschulgesetzen hat diese Rechtsprechung nicht verändern können. So ist das seit November 1998 gültige Hessische Hochschulgesetz in seinen Formulierungen eines der weitestgehenden Gesetze (die derzeit geplanten Veränderung des HHG durch die schwarzgelbe Landesregierung will dies wieder rückgängig machen), denn immerhin wird den Studierendenschaften zumindest formaljuristisch das Recht zugestanden "Medien aller Art [zu] nutzen und in diesen Medien auch die Diskussion und Veröffentlichungen zu allgemeinen gesellschaftspolitischen Fragen [zu] fördern." (§99 (3) HHG). Eine ernsthafte Bedeutung hat diese Formulierung aber offenbar nicht, denn der AStA der Uni Gießen hatte zum Kosovo-Krieg eine "Kriegsausgabe" der AStA-Zeitung herausgebracht, die gerichtlich mit einem Ordnungsgeld wegen unzulässiger Wahrnehmung des politischen Mandates mit 2000 DM belegt wurde. Die o. g. Formulierung im HHG reichte offensichtlich nicht aus, um die Gerichte (das Urteil wurde in 2. Instanz endgültig bestätigt) zu überzeugen. Schwierig wurde es mittlerweile, weil ein Urteil gegen Marburger AStA-MitarbeiterInnen diese zu Geldstrafen zwischen 500 und 1000 DM verurteilte, die sie privat zu tragen haben. Es ist also ein persönliches finanzielles Risiko geworden, sich in den Organen der Studierendenvertretung politisch zu engagieren.

Dies leistet einer Entwicklung Vorschub, die seit einigen Jahren das politische Engagement der StudierendenvertreterInnen beeinflusst. Aus Vorsicht vor einer Verurteilung setzt die Schere im eigenen Kopf weit vor der staatlichen Repression ein. Um diesem Trend entgegenzuwirken, hat sich Anfang dieses Jahres das "Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit" gegründet. Damit wird das Ziel verfolgt, offene und kritische Auseinandersetzungen in den Hochschulen wieder zu etablieren, die Diskussionen über Hochschule und Gesellschaft stärker in den Mittelpunkt zu rücken und über ein breites Bündnis gesellschaftlicher Gruppen eine Veränderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) herbeizuführen. Ein zusätzlicher Aspekt dieser Debatte ist, dass nicht in allen Bundesländern Studierendenvertretungen mit eigener Finanzautonomie existieren. Die gesetzliche Festschreibung dieser Forderung ist eine Notwendigkeit, um die Interessen der Studierenden gegenüber staatlichen Stellen und auch den anderen Interessengruppen in der Hochschule vertreten zu können. Die derzeitige Entwicklung, wonach die Hochschule zu einer Zulieferanstalt des Marktes zu werden droht, widerspricht jeder Form einer unabhängigen Bildung

Das "allgemeinpolitische Mandat" sind Ausserungen von Studierendenvertretungen, die nicht explizit hochschulpolitisch sind.

ebenso, wie der (Aber-) Glaube, dass es Wissenschaft

geben könne, die unpolitisch sei.

- 2 Legitime öffentliche Aufgaben sind laut BVerfG solche, "an deren Erfüllung ein gesteigertes Interesse der Gemeinschaft besteht, die aber so geartet sind, daß sie weder im Wege privater Interessen wirksam wahrgenommen werden können, noch zu den im engeren Sinn staatlichen Aufgaben zählen". (BVerfG 38,281[299])
- ..., daß der "Zusammenschluß von Studenten Umfang und Grenzen ihres möglichen Wirkungskreises in der Wahrnehmung studentischer Interessen findet." (BVerfG 59 231 [238])
- 4 Die Gelder für die Hochschulen sind im Verhältnis zu den Studierendenzahlen nur gering gestiegen, also ist die Geldmenge, die pro StudentIn der Hochschule zur Verfügung steht geringer geworden.
- Die Argumentation der sozialen Gleichberechtigung gerade durch die Einführung von Studiengebühren (weil die Verkäuferin angeblich das Studium des Arztsohnes mitfinanziert) ist durch eine Untersuchung des Deutschen Studentenwerkes widerlegt worden.

37

# Gebührenlogik und Paradigmenwechsel

Über Lobbyverbände und Interessengruppen, die Hochschulen ausschließlich über Wettbewerbskriterien definieren und Studierende generell zu Kunden degradieren wollen. Von Lars O. Grobe

Studiengebühren in Form sogenannter Hörergelder von 250-300 DM waren in Deutschland bis Ende der 60er Jahre üblich, als die wachsende Nachfrage nach akademischen Arbeitskräften auf dem deutschen Arbeitsmarkt und der Anspruch einer Demokratisierung der Bundesrepublik in der Zeit der ersten sozialliberalen Koalition zur sozialen Öffnung der Hochschulen unter anderem auch durch Einführung des BAFöG führte. Bereits damals gab es erste Versuche, das (u.a. von der SPD seit 1875 geforderte) Verbot von Studiengebühren zur Herstellung der bildungspolitischen Chancengleichheit zu installieren. Während der Entwurf zum Hochschulrahmengesetz (HRG) 1971 dieses Verbot noch enthielt, wurde später die Garantie eines gebührenfreien Studiums im Gesetz nicht mehr verankert - vermutlich, weil über die Notwendigkeit der "Erschließung von Bildungspotentialen" ein Konsens über alle Parteien und relevanten gesellschaftlichen Gruppen hinweg herrschte, der eine gesetzliche Regelung überflüssig erscheinen ließ.

rst die einsetzende wettbewerbsförmige Umstrukturierung der Hochschulen Mitte der 80er Jahre brachte das Thema Studiengebühren wieder auf die hochschulpolitische Tagesordnung. 1992 veröffentlichte eine Arbeitsgruppe von Hochschulrektorenkonfernz (HRK) und Kultusministerkonfernz (KMK) ein sogenanntes Eckwertepapier, in dem unter anderem Studiengebühren bei Überschreitung einer festzulegenden Studienzeit gefordert wurden. Vor allem die HRK glaubte wohl mit der Androhung von Studiengebühren angesichts der katastrophalen finanziellen Situation ein wirksames Druckmittel gefunden zu haben. Zwar wurden die Vorstöße einzelner Politiker (der Berliner Wissen-

schaftssenator Erhardt und der damalige forschungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, Glotz, hatten 1994 und 1995 Studiengebühren gefordert) nicht von einer Mehrheit unterstützt, doch führten diese zu einem Gewöhnungseffekt in der Bevölkerung. Trotzdem setzten sich 1993 noch die Politikvertreter im Wissenschaftsrat durch und strichen die Hälfte der "10 Thesen zur Hochschulpolitik", die die Forderung nach Studiengebühren enthielt.

Die offensichtlich fehlende Akzeptanz von Studiengebühren liess die HRK 1996 in ihrem "Entwurf zur Finanzierung der Hochschulen" dann zwischen unterschiedlichen Modellen differenzieren. Das Interesse der Hrk lag vor allem in einer Verbesserung der finanziellen Situation der Hochschulen, somit schieden Gebühren nur für "Langzeitstudierende" aus der Verwaltungsaufwand wäre zu groß gewesen. Da bei einer Finanzierung durch die Eltern die soziale Selektion offensichtlich gewesen wäre, die Studierenden aber auch nicht als Einnahmequelle in Frage kamen, erfand man den Studienkredit: die Studiengebühren sollten über einen Kredit nach dem Studium bei entsprechendem Einkommen bezahlt werden, das Ergebnis wäre eine Akademikersteuer zusätzlich zur Einkommenssteuer. Schliesslich gab man die Forderung in der HRK vorerst auf, da Studiengebühren zur Finanzierung der Hochschulen sich nicht lohnten. Dies wurde auch prompt durch eine Änderung von Minister Rüttgers 1997 bestätigt, der sagte, Studiengebühren "bringen [...] den Hochschulen nicht mehr Geld, denn das würde im nächsten Jahr von den Finanzministern wieder einkassiert". Folge dieser Kalkulation waren dann u.a. die eingeführten Immatrikulations- und Verwaltungsgebühren, die ein

Abziehen der gewonnenen Gelder verhindern sollten. Allgemeine Studiengebühren schienen im Jahr 1997 also nicht durchsetzbar, die Stimmung in der Bevölkerung und der Eindruck der Studierendenproteste führten sogar zu der Forderung nach einem

dern zugleich in der Öffentlichkeit je nach Bedarf als sozial gerecht (zu Lasten der vermeintlich privilegierten Studierenden) oder als Verbesserung für die Hochschulen (diesmal zugunsten der Studierenden) erklärt werden.



gesetzlichen Studiengebührenverbot durch die SPD-Bundestagsfraktion, die ihre Zustimmung zum Entwurf für ein neues HRG deshalb öffentlichkeitswirksam zurückzog. Dagegen wurde von seiten der Befürworter von Studiengebühren, die als "Centrum für Hochschulentwicklung" (CHE), "Stifterverband" oder "Initiativkreis Bildung" auftraten, weiterhin versucht, die Akzeptanz von Studiengebühren zum einen durch eine "Salamitaktik" der schrittweisen Einführung, zum anderen durch aufwendige Pressearbeit zu erhöhen. Stifterverband und CHE erklärten im Mai 1998 dieses Vorgehen: "Es besteht die Chance, daß einzelne Länder bzw. Hochschulen die Vorreiterrolle bei der Einführung des Studienbeitrags übernehmen, ohne daß erst eine bundesweit einheitliche Regelung herbeigeführt werden muß. Dies erhöht die politische Durchsetzbarkeit".

eute werden unterschiedliche Modelle vorgeschlagen, die mit verschiedenen Argumentationen – je nach Adressat – untermauert werden. Die Öffentlichkeit scheint sich inzwischen an die Existenz der Gebühren in Bayern, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Sachsen gewöhnt zu haben, und so wird aus dem Streit um ein Verbot eine Diskussion um die Einführung von Studiengebühren. Neben den erhofften Steuerungseffekten spielt dabei die Durchsetzbarkeit in der Bevölkerung eine Rolle, sollen die Studiengebühren doch nicht nur die Sparpolitik im Bildungsbereich unterstützen, den Zugang zu den Hochschulen durch Selektion erschweren und Studierende wie Hochschulen auf die Gesetze des Marktes einschwören, son-

Ein Modell, welches unter anderem vom "Initiativkreis Bildung" (unterstützt vom damaligen Bundespräsidenten Herzog) propagiert wurde, ist das sogenannte Bildungssparen. Da es einigermaßen aussichtslos erscheint, die Studierenden sofort zur Kasse zu bitten, sollen Eltern analog zum Bausparen "in die Zukunft ihrer Kinder investieren" und steuerbegünstigt sparen. Da die soziale Selektion durch die erklärte Einbeziehung der Eltern auf der Hand liegt, schlagen die Protagonisten dieses Modells einen Kredit vor, der je nach Einkommen der Eltern gewährt und später

von den Absolventen zurückgezahlt wird, wenn diese über ein festzulegendes Einkommen verfügen. Der damit verbundene abschreckende Effekt, sein Studium mit einem Schuldenberg abzuschließen, hält gerade die Studierenden aus sogenannten "bildungsfernen Schichten" zurück, da diese erfahrungsgemäß beim Einstieg in das Studium risikoscheuer sind. Der dahinterstehende Wunsch ist, alle beteiligten zu einem marktkonformen Verhalten zu zwingen, ohne dieses jedoch formal sichtbar werden zu lassen.

Die derzeit größten Chancen in den Verhandlungen der Kultusminister scheint ein Studienkonten-Modell zu haben, das scheinbar ein gebührenfreies Studium garantiert und deshalb auch Aussicht auf Akzeptanz bei sozialdemokratischen Politikern und z.T. sogar bei Studierenden hat. Hierfür wird der immer wieder auftauchende Begriff des "Langzeitstudenten" bemüht, der auf Kosten des Staates (und somit der Bürger, der Steuerzahler und damit sozial ungerecht) studiere. Dieser Langzeitstudent, in der Realität der Verwaltungen fast jeder, der die Regelstudienzeit plus x überschreitet, soll nun bestraft werden - ein in Baden-Württemberg übliches Verfahren. Gleiches gilt natürlich für Studiengangwechsler, kurz für alle, die vorgegebene Studienverläufe verlassen und somit nicht optimal im Sinne eines schnellen Studiums studieren. Die Studierenden werden mit dem Angebot eines vordefinierten Studiums gelockt, in dem nichts mehr dem Zufall überlassen bleibt und das deshalb sowohl zeitlich als auch finanziell überschaubar und planbar ist. Auch stellt man ihnen Einfluß im Sinne von zahlenden Kunden in Aussicht. Kultusminister und Hochschulen sollen

sich mit dem Gedanken anfreunden, auch weiterhin mit unzureichenden Mitteln für die Bildungspolitik abgespeist zu werden, sich nun aber in dieser Situation einrichten zu können, da der größte Teil der Studierenden in einem beschleunigten Studium durch die

Uni geschleust wird.

In diesem Modell dient das Studium lediglich der Ausbildung von akademischen Arbeitskräften, die sowohl sich selbst als auch der Allgemeinheit durch das Studium Gewinne versprechen. So besteht eine Anfang April veröffentlichte Studie des CHE aus einer Anzahl von Renditerechnungen, die die soziale Ungerechtigkeit eines gebührenfreien Studiums belegen sollen. Dabei scheuen sich die Verfasser nicht, die Unvollständigkeit ihrer Untersuchung zur Methode zu machen: "Die Wahl der Perspektive und des im folgenden beschriebenen Untersuchungsansatzes stellen eine normative Vorentscheidung dar, durch die persönliche Zielgrößen wie das Streben nach Wissen, die Freude an einer qualifizierten Arbeit oder der Konsumwert des Studentenlebens ebenso ausgeklammert werden wie politische Zielgrößen, etwa die Forderung einer breiten Hochschulbildung der Bürger zur Stärkung der demokratischen Gesellschaft". So erklärt sich die Vorstellung, an den Hochschulen hätte sich eine Generation von Akademikern und zukünftigen Spitzenverdienern eingerichtet, die sich ihr Studium von der Allgemeinheit bezahlen läßt. Daraus wird die Forderung abgeleitet, dass die Stu-

dierenden über Gebührenim Voraus schon einmal ihr späteres hohes Einkommen versteuern sollen. Es ist unwahrscheinlich, daß CHE und Initiativkreis tatsächlich nicht auf die Idee gekommen sind, dasProblem ungerechter Besteuerung anders als durch Studiengebühren zu lösen. Der Nach-

weis der sozialen Gerechtigkeit ist offensichtlich für die Stammtische der Republik konstruiert.

Nachdem der Verhandlungsführer der SPD - regierten Bundesländer, Minister Zöllner, offenbar inzwischen Zustimmung zu dem Studienkonten-Modell des baden-württembergischen Kultusministers Trotha signalisiert hat, wonach ein gebührenfreies Studium von 200 Semesterwochenstunden garantiert werden soll, ist von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn zu vermelden, daß die Bundesregierung zwar nach wie vor für ein gebührenfreies Erststudium

einstehe, das heisse aber nicht, "daß man 30 Semester braucht". Das bedeutet nichts anderes als die Einführung von Strafgebühren gegen "Langzeitstudierende", die zyni-scherweise durch den Verwaltungsaufwand noch nicht einmal im Bildungswesen ankommen. Bei den Grünen meldet sich unterdessen deren bildungspolitischer Sprecher Matthias Berninger mit dem Vorschlag, Studiengebühren ab dem ersten Semster einzuführen, natürlich sozial verträglich. Trotha, der bei der Diskussion der Minister bisher den Ton angab, erklärt vorsorglich, langfristig könne man selbstverständlich nicht auf Gebühren für das Studium in der Regelstudienzeit verzichten. In Hessen wird derweil an einem neuen Hochschulgesetz gearbeitet, das neben großen Teilen der Selbstverwaltung auch das Studiengebührenverbot beseitigt, die die zuständige Ministerin Wagner (FDP) zwar nicht wolle, die man aber offensichtlich keinesfalls als Druckmittel missen möchte.

s bleibt festzuhalten, daß die Taktik der schrittweisen Einführung von Studiengebühren und die aus anderen Bereichen der Politik bekannte Methode, die "soziale Gerechtigkeit" als Grund für den Rückzug des Staates aus Kernbereichen seiner Verantwortung durch den Mißbrauchsverdacht zu konstruieren (die gutverdienenden Akademiker, die sich auf Kosten der Allgemeinheit ein

bequemes Leben erlauben, haben eine ähnliche Rolle wie all die reichen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, die für die Sparzwangdiskussionen der letzten Jahre herhalten mußten) Erfolg hatten und die politischen Ziele der Bildungspolitik zugunsten einer marktgerechten Ideologie so weit verdrängt wurden,

daß es kaum noch Vertreter relevanter gesellschaftlicher Gruppen gibt, die sich eindeutig gegen Studiengebühren aussprechen.

Nun wird es vor allem an den Studierenden liegen, ob sie sich mit der versprochenen Rendite zufriedengeben wollen und dafür Chancengleichheit und die Freiheit, Ziel und Inhalt des Studiums zumindest teilweise selbst bestimmen zu können, aufgeben wollen. Fraglich ist auch, welche Zukunft eine Hochschule haben wird, die in Zielen und Funktion völlig auf bestehende Nachfrage ausgerichtet ist.



# Der Ilisu-Staudamm und die Zerstörung von Hasankeyf

Mit der Errichtung des Staudammes Ilisu soll die historische Kulturstadt Hasankeyf unter den Wassermassen verschwinden. Weiterhin wird dieser Staudamm langfristig aus ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten mehr Nach- als Vorteile bringen. Der Staudamm wird in erster Linie als strategische Ökowaffe im Nahen Osten eingesetzt werden.

Was ist das GAP? Die Hintergründe und Absichten

Das Südostanatolienprojekt namens GAP (türk.: Güneydoguanadolu Projesi) wurde 1984 von der Türkei in Angriff genommen. Es ist zur Zeit auf der Welt das gigantischste Wasserkraftwerk- und Bewässerungsprojekt seiner Art. Dieses sieht vor, die Flüsse Euphrat und Tigris mit Dutzenden von Dämmen zu stauen und 17.600 qkm Land zu bewässern. Allein am Tigris werden 23 Dämme geplant, von denen fünf bereits im Bau sind. Insgesamt sollen 19 Kraftwerke an den beiden Flüssen 27.300 GWh Strom - gut ein Viertel des heutigen Energiebedarfs der Türkei - erzeugen. Die Gesamtkosten des GAP werden auf 32 Mrd. \$ geschätzt. Nach offiziellen Angaben beabsichtigt man mit diesem Projekt in den kurdischen Regionen einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen. Der "zurückgebliebene Osten" soll mittels Erzeugung von Energie, Bewässerung und Schaffung von Arbeitsplätzen an den "modernen und technischen Fortschritt" angebunden werden, was sich für die Ökonomie der ganzen Türkei positiv auswirken würde.

Der Öffentlichkeit wurden von Anfang an die ökologischen und zwischenstaatlichen Folgen für die Region verschwiegen. Statt dessen wurden bewußt die angeblichen "Heilwirkungen" immer wieder hoch gepriesen. Mit diesem Projekt erhält die Türkei die Kontrolle über die beiden größten Flüsse des Nahen Ostens, Tigris und Euphrat, womit sie jetzt schon jederzeit den südlichen Nachbarn, Syrien und Irak, das Wasser abstellen und sie damit politisch erpressen kann. Wasser, das "zukünftige Öl", wird als strategische Waffe eingesetzt. Finanziert wird das Pro-

jekt mit Krediten und von Firmen aus den europäischen Staaten. Gleichzeitig werden Verträge mit dem strategischen Partner im Nahen Osten, Israel, abgeschlossen, dem ein Teil des Wassers zukommen soll. Eben aus diesen komplexen Gründen haben Anfang der 80er Jahre sogar IwF und Weltbank der Türkei Kredite verwehrt. Mit China und Burundi ist die Türkei der einzige Staat, der die UNO-Konvention über den nicht-schiffbaren Gebrauch internationaler Wasserwege ablehnt. Es liegen also handfeste strategische Interessen vor. Der türkische Staat bereitet sich mit der Ökowaffe Wasser auf eine neue, aktivere und agressivere Rolle in der Region im Sinne der Neuen Weltordnung vor.

## Der Ilisu-Damm, Massenumsiedlung und fehlende Partizipation

Das derzeit größte Wasserkraftwerksprojekt der Türkei ist der Ilisu-Staudamm am Tigris, 65 Kilometer von der syrischen und irakischen Grenze entfernt. Der Ilisu-Staudamm soll 1820 Meter lang und 135 Meter hoch werden und sich über eine Strecke von 135 km erstrecken. Die Kosten werden auf 1,52 Milliarden US-Dollar geschätzt. Mit dem Bau des 1200 MW-Kraftwerks soll im Sommer 2000 begonnen werden. Strom wird schätzungsweise ab Mitte 2007 fließen.

Nach Informationen von Peter Bosshard von der Umweltgruppe "Berner Deklaration", die Ende August 1998 von den Firmen ABB und Sulzer zu einem Hearing eingeladen worden war, wird Ilisu massive Auswirkungen auf die regionale Umwelt haben. Weil der geplante Stausee 52 Dörfer und 15 Kleinstädte überfluten würde, müssten für Ilisu schätzungsweise 16.000 bis 60.000 Menschen umgesiedelt werden. Die Türkei hat zwar schriftlich versichert, internationale Standards bei der Umsiedlung einhalten zu wollen, doch am politischen Willen und den Durchführungskapazitäten auf türkischer Seite bestehen ernste Zweifel. (Beim Atatürk-Staudamm wurden insgesamt 65.000 Menschen unter Anwendung brutaler Unterdrückungsmaßnahmen aus ihrer Heimat vertrieben.) Bisher wurde nämlich die Umsiedlung der betroffenen Bevölkerungsgruppen nicht als eigenständiges Entwicklungsprogramm miteingeplant. Eine Befragung oder gar Beteiligung der Betroffenen am Umsiedlungsprogramm fand im Rahmen der bisherigen Projektplanung nicht statt, sogar die Anzahl der Betroffenen wurde bislang nur vom Hubschrauber aus geschätzt.

Aufgrund der feudalen Gesellschaftsstruktur in Südostanatolien werden Entschädigungen jedoch nur den wenigen Landbesitzern und Dorfvorstehern zugute kommen, während für den Großteil der landlosen Bevölkerung nur der Weg in die Slums der Großstädte oder die Migration in andere Länder übrig bleiben werden.

## Strategische Ökowaffe Wasser

So wie beim GAP generell, geht es auch bei Ilisu um die Ökowaffe Wasser. Der flußaufwärts, nahe der Grenze gelegene Staudamm

wird der Türkei die Möglichkeit geben, den Weiterfluß des Tigris nach Syrien und in den Irak für mehrere Monate zu unterbinden. Dies würde die bestehenden Spannungen in der Region weiter verschärfen. Im Golfkrieg 1991 drehte die Türkei dem Irak zeitweilig folgenreich das Wasser ab. Wiederholt drohte in den letzten Jahren die Türkei Syrien mit dem Stauen des Wassers, sollte Syrien der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) Zuflucht gewähren. Irak und Syrien wollen international vorgehen, falls nicht gemeinsam eine Lösung ausgearbeitet wird.

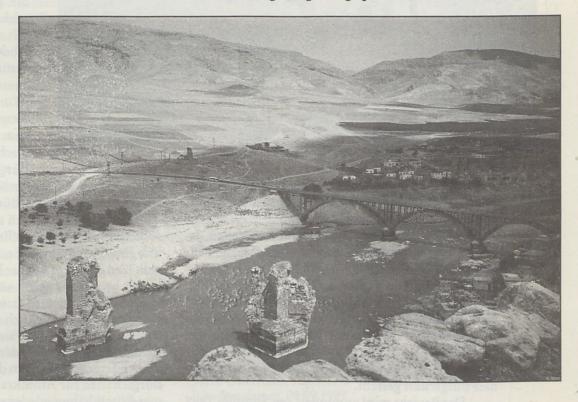
Die Weltbank beteiligt sich auch jetzt nicht am Ilisu-Projekt. Formell kommen damit die UNO-Konvention und die Weltbankrichtlinien nicht zur Geltung, ansonsten könnten nämlich sowohl die betroffenen Bevölkerungsgruppen als auch jene ausfüh-

renden Direktoren, die den Irak und Syrien vertreten, sofort das Projekt beim bankinternen "Inspection Panel" anfechten.

## Abklärung von Alternativen

Grundsätzlich ist der türkische Bedarf nach einem zunehmenden Energiekonsum unbestritten. Dies entbindet aber bei einer Analyse von Ilisu nicht von der Beurteilung von möglichen Alternativen. Gerade wenn Energie knapp ist, ist eine rationale Planung unter Einbezug aller Optionen – inkl. Effizienzsteigerungen und Sparmassnahmen – angezeigt.

Türkische Projektgegner kritisieren, dass mit der Bekämpfung von Übertragungsverlusten in der Türkei Strom günstiger eingespart werden könnte als

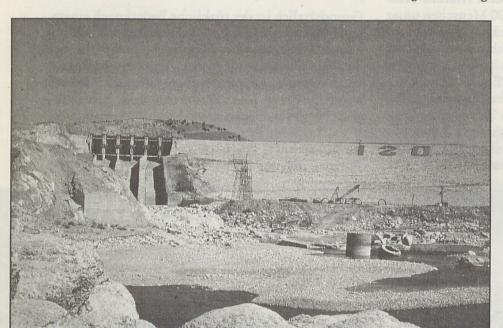


er in Ilisu hergestellt werden soll. Der Verfasser der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) von Ilisu bestätigt, dass die Stromübertragung in der Türkei sehr ineffizient funktioniert.

Eine umfassende Abklärung möglicher Alternativen wurde in den Machbarkeits-und Umweltverträglichkeitsprüfungen des Projekts nicht durchgeführt. Die relativ hohen Kosten lassen erkennen, dass Ilisu nicht die kostengünstigste mögliche Energiequelle für die Türkei bildet. Oder anders ausgedrückt: Der Verdacht liegt nahe, dass die türkische Regierung auf das teure Ilisu-Projekt setzt, weil sie unausgesprochene machtpolitische Motive hat. Wie das ganze GAP dient Ilisu der Entwurzelung und Kontrolle der kurdischen Bevölkerung und der Vergrösserung der türkischen Druckmittel gegenüber dem Irak.

## Finanzierung - Die Rolle der internationalen Exportkreditversicherungen

Nun will ein internationales Konsortium unter der Leitung der Schweizer UBS (Union Bank of Switzerland) den Ilisu-Staudamm mit Exportkrediten bzw.



staatlichen Garantien seitens nationaler Exportkreditgesellschaften finanzieren. Die Ausschreibung ist hierbei nicht regulär durchgeführt worden. Neben der Schweiz, Deutschland, Großbritannien, Italien, Japan, Portugal, Schweden und den USA soll auch ein Antrag auf Erteilung einer staatlichen Exportgarantie an die österreichische Kontrollbank gestellt worden sein, so die österreichische NGO "Erlaßjahr 2000". Die Schweizer Exportrisikogarantie hat bereits am 30. November 1998 einer Exportgarantie zugestimmt. In Deutschland hat Sulzer Hydro aus Ravensburg einen Antrag auf die Übernahme einer Her-

mes-Bürgschaft gestellt.

Das Projekt wird zumindest seit Sommer 1998 im Rahmen der OECD Working Party on Export Credits and Credit Guarantees zwischen den beteiligten Exportkreditversicherungen diskutiert. Die Schweizer Regierung bewilligte im Dezember 1998 eine Exportrisikogarantie in Höhe von 400 Mio. Franken. Die übrigen Staaten bemühen sich jedoch um eine gemeinsame Entscheidung. Damit soll demonstriert werden, daß die OECD einzelfallbezogen bereits gründliche Absprachen sowohl unter den beteiligten Versicherern als auch mit der Regierung des Empfängerlandes vornimmt und durch Auflagen für ökologische und soziale Verbesserungen sorgt. Die Forderung von Nichtregierungsorganisationen nach transparenten und allgemein verbindlichen Kriterien für Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen soll damit ausgehebelt werden.

Auch die Bundesregierung ist unter diesem Gesichtspunkt sehr an einem abgestimmten Vorgehen interessiert. In Großbritannien verstärkt sich nach der dortigen Regierungszustimmung die Kritik an dem Projekt. Insbesondere das Foreign Office steht der Bürgschaftsvergabe ablehnend gegenüber, da das

> Projekt der von Außenminister Robin Cook deklarierten "ethical foreign policy" widerspricht. Bei der bevorstehenden Überprüfung der britischen Ausfuhrgarantien wird das Ilisu-Projekt breiten Raum einnehmen. Auch in Italien ist das Projekt aufgrund seiner negativen Auswirkungen für die kurdische Bevölkerung sehr umstritten, insbesondere seit der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan zum Tode verurteilt wurde.

> Die Entscheidung in der BRD wird wahrscheinlich in diesem Sommer fallen. Nachdem die PDs ihren Antrag auf Nichtvergabe der Hermes-Bürgschaft zurückgezogen

hat, bereiten die Grünen einen neuen Antrag vor, der vorsehen wird, daß die Bürgschaften unter strikten Auflagen gewährt werden sollen. So soll u.a. die Bevölkerung vor Ort in den Entscheidungsprozeß ernsthaft einbezogen, ihnen Ersatzorte zur Verfügung gestellt und die Frage um das Kulturerbe Hasankeyf im voraus vernünftig gelöst werden. Da die Türkei diese nicht erfüllen wird (zumindestens nicht in den nächsten Jahren), wird sich die Vergabe um Jahre hinauszögern können. Wie sich die SPD dazu verhalten wird, ist nicht klar. Mit dem Ilisu-Staudammprojekt und anderer Anträge um die Vergabe von Hermes-Bürgschaften für Atomkraftwerke werden die Hermes-Bürgschaften wieder von Grund auf in der Öffentlichkeit diskutiert.

## Konsequenzen für die deutsche Entscheidung

Auch an diesem Beispiel wird jedoch deutlich, daß es öffentliche und verbindliche Kriterien dafür geben muß, welche Projekte förderungswürdig sind. Wie bei Großstaudämmen häufig der Fall, sind die Bedenken gegen den Bau des Ilisu-Staudamms grundsätzlicher Natur und durch einzelne Zusatzmaßnahmen nicht zu lösen. Dies betrifft sowohl den Aspekt, daß die angemessene Partizipation der betroffenen Bevölkerung aufgrund der jahrelangen Repression durch die Regierung nicht zu gewährleisten ist, als auch die friedenspolitischen Bedenken. Ist der Damm einmal errichtet, ist auf seine Verwendung kaum noch Einfluß zu nehmen. Die britische Zeitung Guardian und viele andere warnen darüberhinaus davor, daß die NATO durch die Mitgliedschaft der Türkei in einen Krieg um Wasserressourcen hineingezogen werden könnte. Es erstaunt daher umso mehr, daß bisher vom Auswärtigen Amt keine Stellungnahme zu dem Projekt zu erhalten war. Ist es der Regierung ernst mit einer neuen Politik der Krisenprävention und der nachhaltigen Entwicklung, muß sie die Beteiligung am Ilisu-Damm ablehnen und sich bei den internationalen Abstimmungen dafür einsetzen, diesen zukünftigen Konfliktherd von vornherein zu verhindern.

# Zerstörung von Kulturdenkmälern und -gütern

Der Ilisu-Stausee soll unter anderem Hasankeyf, eine archäologisch äusserst wertvolle Kleinstadt am Tigris, unter Wasser setzen. Hasankeyf ist die einzige Stadt in Anatolien und Ober-Mesopotamien, die vollständig über die Jahrhunderte erhalten geblieben ist.

Über zwei Jahrtausende lang beherrschte die alte Stadt hoch über dem Tigris die weite Ebene zu ihren Füssen. Sie war ein wichtiger Kontrollpunkt auf den alten Karawanenstrassen zwischen Indien, China und dem Mittelmeer und zeitweise ein bedeutender Herrschersitz. Die Römer kannten sie als Cephe, die Griechen als Kephe, die Byzantiner nannten sie Kiphas und die Araber, die sie im siebten Jahrhundert eroberten, Hisn Kayfa. Das am Südufer liegende Hasankeyf war im Mittelalter eine der wichtigsten Städte in Ober-Mesopotamien. Lange Zeit benutzten die Eyyubis, eines der großen kurdischen Fürstentümer, und später der türkische Stamm Artukogullari Hasankeyf als Hauptstadt. In der noch erhaltenen Burg befinden sich die Ruinen einer Moschee und eines Palastes. Prächtig und wundervoll anzusehen sind die in Wohnungen umfunktionierten Höhlen, in denen bis vor kurzem noch Menschen

Jetzt soll Hasankeyf nach dem Willen des türkischen Staats ein Opfer des Staudammprojekts werden, mit dem die Fluten des Tigris der industriellen Nutzung unterworfen werden sollen. Die ortsansässige Bevölkerung, und damit sind keineswegs nur die Einwohner des heutigen Kleinstädtchens Hasankeyf gemeint, ist aufgebracht darüber, dass ihr geliebtes Kleinod in den Wassern des gigantischen Stausees verschwinden soll, der entstehen wird, wenn der Ilisu-Damm das Tigristal oberhalb von Hasankeyf absperrt. Besonders die Kurden der Gegend sind erbost über die Pläne der ungeliebten Regierung im fernen Ankara. Viele von ihnen sehen in dem Unterfangen einen vorsätzlichen Plan zur Zerstörung eines Stücks eigener Identität.

Sevim Sirvanci, die Präsidentin des "Komitees zur Rettung von Hasankeyf" (1990 von Studierenden gegründet), bezeichnet die Stadt als ein "Welterbe, das nicht zerstört werden darf". Prof. O. Tekin Aybas, Staatssekretär im türkischen Kulturministerium, bestätigte am 7. Mai 1998, dass der "Hohe Rat für nicht bewegliche alte Werke und Denkmäler" Hasankeyf am 14. April 1978 unter Denkmalschutz stellte. Wie der Rat im März 1981 beschloss, dürfen an solchen Stätten keine Bauvorhaben durchgeführt werden, sondern müssen "ohne jede Änderung erhalten werden". Der Baubeschluss bezüglich Ilisu muss damit als widerrechtlich bezeichnet werden. 28 türkische Kulturfachleute riefen im Januar 1997 in einer Erklärung zur Rettung von Hasankeyf auf - beispielsweise durch eine Verlegung der Talsperre oder eine Verminderung der Dammhöhe. Gemäss ihrer Erklärung ist es nicht gerechtfertigt, die historische Stadt für ein Kraftwerk mit einer Lebensdauer von bloss 50-100 Jahren zu zerstören. Die Reaktionen von Abb und Sulzer gegenüber solchen Forderungen sind von Unverständnis für den kulturellen Wert einer Stadt in Anatolien geprägt. Die offiziellen Vorschläge, einzelne Baudenkmäler rechtzeitig abzutransportieren und ausserhalb des Stausees wiederaufzubauen, werden der Bedeutung Hasankeyfs nicht gerecht.

Die Organisation "Freunde des antiken Hasankeyf" hat sich letztes Jahr deshalb mit einem Aufruf für den Erhalt der Stadt an die internationale Öffentlichkeit gewandt. Kunststudierende an der Dicle Universität in Diyarbakir haben Ende Januar 2000 eine Fotoausstellung zu Hasankeyf durchgeführt, um auf dieses Kulturerbe hinzuweisen und es auch vor Ort zu thematisieren. Zur Zeit gibt es in Istanbul, Batman und in London (Kurdistan Information Centre – KIC, Kurdistan Human Rights Project - KHRP) jeweils eine Initiative gegen den Bau des Ilisu-Staudammes und zur Rettung von Hasankeyf.

#### Verwendete Literatur:

- Martin Frimmel, Leiter der Waldkampagne bei Greenpeace Österreich, 10.03.1999- WEED-Memorandum zum Ilisu-Staudamm, 09.09.1999
- EvB Erklärund von Bern, 04.08.1999
- Louis Meixler; Der Bund, Publikationsdatum 11.05.
   1999, Zeitungsnr. 259
- ABB Power Generation, Sulzer Hydro, Kurzfassung Projektbeschreibung: Wasserkraftwerk Ilisu, Türkei, 16. Juni 1998.
- ABB Power Generation, Sulzer Hydro, Ilisu Hydroelectric Power Plant, Turkey (undatiert).
- Joerg Dietziker, Wasser als Waffe: Türkische Dämme und Schweizer Helfer, August 1998.
- Patrick McCully, Silenced Rivers: The Ecology and Politics of Large Dams, London 1996.
- Ruth-Gaby Vermot-Mangold, Situation humanitaire des réfugiés et des personnes déplacées kurdes dans le sudest de la Turquie et le nord de l'Irak, Conseil de l'Europe, Assemblée parlementaire, 3 juin 1998.

## Keine Erteilung von Hermesbürgschaften für den Ilisu-Staudamm! Rettet das historische Weltkulturerbe Hasankeyf!

Der Bau des Ilisu-Staudammes im kurdischen Teil des Staates Türkei würde die Auseinandersetzungen um Wasser im ohnehin konfliktreichen Nahen Osten weiter verschärfen.

Die steigenden Wassermassen würden mindestens 52 Ortschaften am Fluß Tigris unter sich begraben. Es müßten 16.000 Menschen ihre Häuser verlassen, und weitere 20.000 Personen wären davon betroffen. Auch durch Auflagen kann kaum gewährleistet werden, daß die kurdische Bevölkerung ein ausreichendes Mitspracherecht erhält und die türkische Regierung den Staudamm nicht zu machtpolitischen Zwecken mißbraucht.

Die aus der Antike und dem Mittelalter in Anatolien und Ober-Mesopotamien einzig ganz erhaltene und 2000 Jahre alte Stadt, HASANKEYF, würde Opfer der Wassermassen werden. Der dort vorhandene archäologische Reichtum würde für immer verschwinden, ohne überhaupt genau erforscht worden zu sein. Es wäre ein Verbrechen gegen die Menschheit, Hasankeyf untergehen zu lassen.

Mit der Gewährung einer Hermesbürgschaft (seit längerem liegt ein solcher Antrag der Firma Sulzer vor) für den Ilisu-Staudamm würde die Bundesregierung mitverantwortlich für die Zwangsumsiedlung tausender Kurdinnen und Kurden, den Untergang der historisch bedeutenden Stadt Hasankeyf und die mögliche Zunahme von Konflikten in der Region.

Wir, die Unterzeichner, fordern daher von der Bundesregierung, dem Antrag auf eine Hermesbürgschaft nicht zuzustimmen.

### Erstunterzeichner.

- YXK Verband der Studentinnen aus Kurdistan
- medico international
- APPELL VON HANNOVER
- WEED Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
- NABU Naturschutzbund
- AStA TU und FH Darmstadt, AStA Uni Bremen, AStA Uni Mainz, Referentinnen des AStA Uni Bochum; AStA-Ausländerinnenreferate/-vertretungen der Uni Mainz, FH Frankfurt, Uni Marburg, Uni Köln, Uni Düsseldorf, Uni Hamburg; ASR und Basisgruppe Orientalistik der Uni Göttingen

Name, Vorname	Adresse	Unterschrift
des Esplain Relations of	eX milk mandl mann	radiologica y Bas argue hate resolutions
	oma aksosi (1911). IISOSA obsorbanosko se (1911)	
a companies a time temes the	Origination and Borell	activiting in the Probability solvening
a es a permudble were sens	damain Separation and an	
2651 88	O message of the control of the cont	Children für Atrant zur werber wenten ein
2.5	bungaha-avan- hoga	ien Staats ein Opfer des Standarmig-
	Supplementary of the State of t	rom viem die Edward eine der rom
advisor sport seder stone	ons Denous & AVES all will	Sevellered and deal of decide week
	eriak en 2400) ikulja - jestotk	na vez szoneg a szon registen ez nemno. Profesionen a and estamoska esta
	STATE OF THE STATE	Charles of leaf areas to septim be.
act which will be the	radiomersian in delive	the life now factors in region where
	doler yestpulation and a contest	MR Congress of Branch Mc Sales of Chicago

<u>Kontaktadresse</u>: AStA der TU Darmstadt, Hochschulstr. 1, 64289 Darmstadt. Internet: www.yxk.com/hasankeyf/hasank; e-mail: hasankeyf@gmx.de; Fax: 06151/166026 <u>Spendenkonto</u>: Taunussparkasse; Appell von Hannover; Kto-nr.: 190000737; BLZ: 512 500 00 Wenn ein AStA

Massenmord,

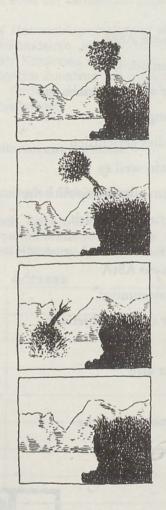
Folter und Abschiebung
anprangert,
wird dies gerichtlich
bestraft, weil es
sich um allgemeinpolitische
Äußerungen handelt.

Wenn ein AStA
zu Massenmord,
Folter und Abschiebung
schweigt,

ist das also keine allgemeinpolitische Äußerung?



46



## Der Film

### Alexander Diroll

Ich versuche hiermit einen Film zu beschreiben, der alle Grenzen sprengt, der seit undenkbaren Zeiten läuft und der keinen überlebenden Betrachter kennt.

Dieser Film läuft und läuft und läuft.

Unaufhaltsam.

Ohne eine Sekunde, ohne Bild, ohne Frame.

Der nur dazu da ist, seit Jahrhunderten, Jahrtausenden,

Jahrmillionen im Begriff ist, zu laufen.

Kein Schnitt kann ihn stoppen, keine Überblendung kann seine Spur verwischen, kein "The End" kann seine Fortsetzung aufhalten.

Dieser Film, realer als alles andere, läuft in allen Köpfen gleichzeitig und wird doch immer verschieden gesehen.

Dieser Film beginnt mit der Geburt und endet mit dem Tod, obwohl er keinen Anfang hat und kein absehbares Ende kennt.

Dieser Film ist unsterblich.

Seine Schauspieler wechseln ständig.

Seine Regisseure verblassen.

Seine Kameras werden immer raffinierter.

Niemand kennt sein vorläufiges Drehbuch.

Überall, wo das Licht ist, kann man ihn beobachten.

Dort, wo das Dunkel herrscht, bleiben die Szenen verborgen.

Die Requisiten zerfallen zu Staub.

Sein Inhalt ist unbegreiflich.

Seine Schönheit ist unermeßlich.



Prinzip Hoffnung